LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

II. Wahlperiode / 20. Sitzung.
II. Sitzungsperiode 1925.

STENOGRAPHISCHER BERICHT.

über die am Dienstag, den 30. Juni 1925 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses zu Saarbrücken 3 stattgefundene Sitzung des Landesrates.

-o-

Der stellvertretende Vorsitzende, Mitglied Scheuer (Z.)-St. Ingbert, eröffnet um 3 Uhr 30 Minuten nachmittags die Sitzung.

Seitens der Regierungs-Kommission ist anwesend:

Herr Oberregierungsrat Dr. Heim aus der Abteilung des Innern als stellvertretender Staatskommissar.

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergibt die Anwesenheit von 26 Mitgliedern.

Entschuldigt fehlen die Mitglieder:

Albert (H.u.L.)-Altheim; Kratz (Z.)-Neunkirchen; Levacher (Z.)-Saarlouis; Kommerzienrat Dr. Röchling (D.S.V.)-Völklingen.

Vorsitzender: Meine Herren! Der Landesrat ist auf seiner Suche nach einem geeigneten Tagungslokal heute auf der dritten Station angekommen. Der Schwurgerichtssaal, in dem wir zum ersten Male zusammentraten, erwies sich als absolut ungeeignet, und das Gleiche war der Fall in der Aula des Gymnasiums am Landwehrplatz. Die Verhältnisse waren dort, wenn nicht gerade noch schlechter, so sicherlich nicht besser, und es wurde alsbald wieder die Frage nach einem geeigneten Tagungslokal akut. Es tauchte dann zunächst der Plan eines eigenen Gebäudes auf, und noch ehe der Plan in etwa spruchreif wurde, da wurde uns ein Hinweis gegeben auf ein Gebäude der Knappschaft in der Eisenbahnstraße. Dieses Gebäude sollte eventuell zu mieten sein. Die beiden Projekte kamen aber wegen des Kostenpunktes, der damit verbunden war, nicht recht in Fluss. Da wurde von Mitgliedern dieses Hauses, die dem Stadtverordnetenkollegium angehören, darauf hingewiesen, daß wir eventuell diesen neuen Saal bekommen könnten. Ich habe dann sofort mit der Stadtverwaltung Fühlung genommen, und die Stadt war ohne weiteres bereit, den Saal zur Verfügung

zu

zu stellen. Die Regierungskommission begrüßte diesen Ausweg. Der Vertrag war dank dem Entgegenkommen der Stadtverwaltung recht bald getätigt, und heute, acht Tage nach der Einweihung desselben, tagen wir bereits zum ersten Male hier.

Meine Herren! Wenn man an einen Verhandlungstisch geht, dann spielen oft kleine Dinge eine wichtige Rolle. Und so mag auch die Unzulänglichkeit der Verhältnisse in der Aula, in der wir bisher getagt hatten, eine gewisse Entschuldigung dafür sein, daß wir uns zuletzt, nicht nur wörtlich, sondern auch bildlich gesprochen, nicht immer verstanden haben. Das letzte Mißverständnis aus dem dortigen Saale soll heute mit folgender Erklärung aus dem Wege geräumt werden:

> " Durch ein Mißverständnis, an dem weder den Vorsitzenden noch den Abgeordneten Schneider irgendwelche Schuld trifft, ist der Herr Abgeordnete Schneider in der letzten Sitzung der letzten Landesratssession zu einer persönlichen Bemerkung nicht mehr zu Wort gekommen. Mit dieser Feststellung ist die geschäftsordnungsmäßige Seite dieser Angelegenheit erledigt und der Herr Abgeordnete Schneider verzichtet auf das Wort."

Meine Herren! Wir können damit von dem bisherigen Tagungslokal Abschied nehmen, nicht ohne der Schule, der Anstalt und ihrer Leitung trotz alldem Dank zu sagen dafür, daß sie uns die ganze Zeit dort beherbergt hat. Wir sind nun heute hier zum ersten Male zusammen, und ich glaube, wenn wir die Verhältnisse hier überblicken, sagen zu dürfen, auch ohne einen Seitenblick auf die sonstigen Räume, die sich noch anstoßen, sagen zu dürfen: "Hier ist gut sein", und es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn wir der Stadt Saarbrücken heute schon im Voraus unseren Dank dafür sagen, daß sie uns das Arbeiten hier ermöglicht hat.

(Bravo! -im Zentrum.-)

Ich meine, daß die günstigen Verhältnisse, unter denen wir hier arbeiten können, uns auch ein Ansporn sein müssen, in Zukunft unsere Arbeit so einzustellen, daß wir sie überall als ruhige, sachliche und nur auf das Wohl des Saargebietes und der Bevölkerung gerichtete Arbeit sehen lassen können. In diesem Sinne und mit diesem Wunsche eröffne ich die heutige erste Sitzung der gegenwärtigen Sitzungsperiode.-

Die Tagesordnung ist um 4 Punkte ergänzt worden, und zwar durch Erlass des Herrn Präsidenten der Regierungskommission vom 26.Juni 1925. Die neue Tagesordnung wie die neuen Vorlagen liegen Ihnen vor.

Die

T a g e s o r d n u n g

lautet:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes;

II. Bildung der Kommissionen;

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

III. Begutachtung der Verordnungsentwürfe der Regierungskommission betreffend:

1. Berechnung der Invalidenrente, wenn der Empfänger seinen Wohnsitz im Saargebiet aufgibt;
2. Einführung im Saargebiet der Bestimmungen des am 23.Okt.1924 unterzeichneten Internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr;
3. Einführung im Saargebiet der Bestimmungen des am 23.Okt. 1924 unterzeichneten Internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahn-, Personen- und Gepäckverkehr;
4. Abänderung des Personenstandsgesetzes vom 6.Februar 1875;
5. Verkehr mit Streichhölzern;
6. Regelung der Ladenschlusszeit;
7. Erhöhung der Pauschsätze im Verwaltungsstreitverfahren;
8. Verzinsung von Steuerbeträgen, die nicht rechtzeitig entrichtet sind;
9. Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung;
10. Inkrafttreten der am 28.August 1924 in Stockholm unterzeichneten Weltpostvereinsverträge;
11. Abänderung des preuß. Knappschaftsgesetzes vom 17.Juni 1912 und Verordnung betr. die Vereinigung der Knappschaftsvereine des Saargebietes;
12. Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes;
13. Abänderung des Wertzuwachssteuergesetzes;
14. Abänderung der Kommunalfinanzgesetzgebung.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

<u>ahl der Beisitzer.</u> Die Stimmzettel sind verteilt. Falls Vorschläge gecht werden wollen, bitte ich um solche. Wenn nicht, lasse ich in eigen Minuten die Zettel einsammeln.

Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

ann (S.P.): Ich beantrage, die Besetzung der Kommissionen zu belasn wie bisher, ebenso die Beisitzer. Ich bitte, darüber abstimmen lassen.

tzender: Wir sind zunächst an den Beisitzern.

(Zuruf Hoffmann: "An den Kommissionen auch!")

ist vorgeschlagen, den Vorstand wie die Kommissionen in der bisheen Besetzung zu belassen. Beim Vorstand müssen wir schriftlich abimmen. Wir haben noch jedesmal die Auseinandersetzung darüber gebt und sind jedesmal dazu gelangt, daß wir schriftlich abstimmen ssten. Ich kann infolgedessen auch jetzt nicht darüber hinweggehen d bitte den Protokollführer, die Zettel einzusammeln.

Es entfallen auf Herrn Betz 21 und Herrn Eifler 9 Stimmen. Dat sind die Herren Betz mit 21 und Herr Eifler mit 9 Stimmen als Beitzer wiedergewählt. 3 Stimmzettel sind weiß

<u>abgegeben</u>.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

abgegeben.

Wir kommen dann zu Punkt 2 der Tagesordnung : Bildung der Kommissionen. Es ist vorgeschlagen, die Kommissionen in der bisherigen Zusammensetzung zu belassen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Es geschieht nicht; so gilt dies als Beschluss.

Es ist dann in der Vorbesprechung der Vorschlag gemacht worden, die nun folgenden Verordnungsentwürfe folgenden Kommissionen zu überweisen:

Vorlage	1	der	5.	und 7.	Kommission,
"	2 und 3	der	2.	" 3.	"
"	4	"	4.	" 5.	"
"	5	"	3.		"
"	6	"	3.	" 7.	"
"	7	"	4.	" 5.	"
"	8	"	1.	" 3.	"
"	9	"	3.	" 7.	"
"	10	"	7.	" 3.	"
"	11	"	7.		"
"	12	"	5.		"
"	13	"	1.		"
"	14	"	1.	" 4.	" .

Gleichzeitig ist vorgeschlagen, daß die 7. Kommission bereits am nächsten Donnerstag nachmittag um 3 Uhr in dem anschließenden Beratungszimmer zur ersten Kommissionssitzung über die Abänderung des preußischen Knappschaftsgesetzes usw. zusammentritt. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß allseitig Einverständnis mit der Verabschiedung der Vorlagen in die Kommissionen besteht und daß am nächsten Donnerstag, ohne daß eine weitere Einladung erfolgt, die 7.Kommission zusammentritt. Die sämtlichen Parteien haben es aber doch für notwendig erachtet, die Überweisung der Vorlagen in die Kommissionen mit einer allgemeinen Erörterung zu verbinden. Ich erteile hierzu zunächst dem Herrn Abgeordneten Kiefer das Wort.

Kiefer (Z.): Meine Herren! Wir sind gezwungen, heute zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Die Pflicht der Verantwortung, die auf einer Volksvertretung lastet und das Verhalten der Regierungskommission zwingen uns dazu. Die Pflicht der Verantwortung zwingt uns, den aus Anlass der Jahrtausendfeier des Saarvolkes betriebenen Geschichtsklitterungen und Verleumdungen, sowie der Vergiftung der Weltmeinung vorzubeugen und der Wahrheit die Ehre zu geben. Sie zwingt uns, gegen das geradezu widersinnige und durch nichts gerechtfertigte Verhalten der Regierungskommission bezw. von Mitgliedern der Regierungskommission gegen die Jahrtausendfeier feierlichst zu protestieren. Das Verhalten der Regierungskommission hat weder ihrem Ansehen noch dem Ansehen des Völkerbundsrates gedient, sondern sehr geschadet und den Riss zwischen Regierungskommission und Saarvolk stark erweitert. Die Pflicht der Verantwortung und das Verhalten der Regierungskommission zwingen uns, auf die Schutzlosigkeit zu verweisen, in der sich Saarländer gegenüber dem französischen Militär befinden, und den geradezu himmelschreienden Zustand, daß minderjährige Saarländer nicht aus den Fängen der französischen Fremdenlegion befreit werden. Diese Pflicht zwingt uns weiter, die jammervolle

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

jammervolle Lage der Arbeitsveteranen und der Hinterbliebenen tödlich Verunglückter zu kennzeichnen, in die diese Menschen durch das Verschulden der Regierungskommission geraten sind, sowie die trostlose Lage der breiten Volksschichten zu zeichnen und baldige Abhilfe zu fordern.

Meine Herren! In uns ist noch das große Geschehen lebendig, das sich vor einigen Tagen im Saargebiet der Welt darbot. Die erhebenden Eindrücke haften lebendig in unserer Seele und werden unverwischlich bleiben. Es waren die Tage, an denen das Volk unserer deutschen Saarheimat in ergreifender Weise das Bekenntnis ablegte: "Rhein und Saar, deutsch tausend Jahr, deutsch immerdar!" Es war ein Bekenntnis der Treue und ein Akt der Klarheit. Unserem deutschen Vaterlande, unserem Volk sagte das Bekenntnis: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!" Und der übrigen Welt sagte es klar und einfach: "Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben!"

Meine Herren! Ein solches Bekenntnis kann man nicht künstlich erzeugen oder kommandieren. Das wird aus den Stimmen geboren, die in der Seele klingen, die sich weder durch militärische Gewaltakte, noch regierungsseitige Verbote unterdrücken und ersticken lassen, sondern im gegebenen Moment sich urgewaltig Bahn brechen und den Menschen bestimmen, ohne lange Überlegungen und Erwägungen anzustellen, sich so zu äußern, wie sein Inneres es ihm wahr und unverfälscht sagt. Es äußert sich da die Stimme der Tradition, wie sie in mehr als tausendjährigem Werdegang des deutschen Volkes geworden ist. Es äußert sich die Stimme der Volkszugehörigkeit, die keine Paragraphen des Versailler Vertrages, keine kleinlichen Schikanenverordnungen schlecht beratener und größeres Format vermissen lassender Regierungsmänner ertöten oder in das Gegenteil verkehren können. Ausgelöst wurde das Bekenntnis durch das nunmehr tausendjährige Einssein der Rheinlande und der Saarlande mit Deutschland und die widersinnigen Zustände, in die das deutsche Saarvolk die Bestimmungen des unglückseligen Versailler Vertrages versetzt haben. In solch geschichtlich wichtiger Zeit ging es dem ganzen Volke, wie es dem sozialdemokratischen Arbeiterdichter Bröger bei Ausbruch des Krieges ging, der plötzlich staunend

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

und mit heiliger Ehrfurcht erkannte, daß neben Klassengenossen, daß neben der Internationale noch anderes in seiner Seele lebte und plötzlich heiß aufwallte: die Liebe zu Heimat und Volk, mit dem der Einzelne unzertrennlich verbunden ist und bleibt.

Meine Herren! Es ist geradezu absurd und zeugt von Bosheit, der Welt vorzuschwindeln, die Jahrtausendfeier des Saarvolkes sei eine nationalistische Hetze, sei das Werk pangermanistischer Hetzer oder gar auf Befehl des Herrn Röchling inszeniert worden. Es ist geradezu lächerlich, dies der Welt vorzuschwindeln. Aber man merkt die Absicht und wird verstimmt. In der Welt soll das wuchtige und klare Bekenntnis verwischt werden. Das aber wird nicht gelingen und wenn man noch so grausam mit der Wahrheit umspringen wird. Wie die Wahrheit gebogen wurde und wird, zeigen die Beispiele "Straßburger Neueste Nachrichten", "Messin"-Metz, 'Matin"-Paris und sonstige französische Blätter innerhalb und außerhalb des Saargebietes. Man fasste sich an den Kopf, als man die Auslassungen des Straßburger Blattes las, wonach der Klerus des Saargebietes eine Saarvesper predige und in Erinnerung an die sizilianische Vesper sich nicht abhalten ließe, das Volk aufzufordern, die französischen Bergwerke im Saargebiet zu sabotieren und sämtliche Franzosen zu ermorden. Wenn in Straßburg solches geschrieben werden konnte, wie muss es da im Innern Frankreichs aussehen! Aber dieses eine Beispiel bodenloser Gemeinheit, Völkerverhetzung und Völkerverdächtigung gibt uns einen kleinen Geschmack von Methoden, wie die französische Presse im Kriege gegen Deutschland arbeitete. Gegen diese Verdächtigungen des Saarklerus und Saarvolkes legen wir schärfste Verwahrung ein. Es ist das gute Recht der Geistlichen, ihre Liebe zu Heimat und Vaterland zu bekunden, wofür wir ihnen danken. Wir müssen die Forderung erheben, daß die Regierungskommission die Geistlichen und das Saarvolk gegen solche Anschuldigungen schützt. Hier hätte sich der Regierungskommission Gelegenheit geboten, zu beweisen, daß sie neutral und sich ihrer Pflicht bewusst ist, indem sie solche Blätter, die in dieser bewusst verlogenen Weise Volksverdächtigung und Völkerverhetzung betreiben, mit dem Bannstrahl ihrer Verbote getroffen hätte, anstatt ihren Aerger über das einmütige deutsche Bekenntnis des Saarvolkes durch Flaggen-, Beamten-, Fackelzugdekrete, sowie das Verbot der "Neunkircher Zeitung" auszudrücken. An die Adresse der angsterfüllten Franzosen sei zur Beruhigung gesagt, daß wir keine Kongoneger sind, sondern kultivierte Deutsche, die aufgrund ihres feierlichst proklamierten Rechtes von der Selbstbestimmung der Völker ihr Treubekenntnis ablegten, ohne dabei Hass und Revanchegedanken gegen ein anderes Volk auszusprechen oder zu nähren oder gar einem Angehörigen des französischen Volkes auch nur ein Haar zu krümmen. Alle die hier anwesenden Franzosen, die ungerufen in unserer Mitte leben, haben das doch durch die Jahre hindurch erfahren. Sie konnten ungestört und unbelästigt während der Jahrtausendfeiertage sich unterm deutschen Saarvolke bewegen, ohne schief angesehen zu werden. Herr Vigier muss das bestätigen können, der am Sonntag vormittag durch die Straßen der Stadt spazierte und doch mit heiler Haut der sizilianischen Vesper entronnen ist, eben deshalb, weil es keinem Deutschen einfiel, einen Franzosen zu beachten. Die Franzosen, die ehrlich Frieden und Völkerverständigung wollen, sollten mit uns Freude über das Bekenntnis des Saarvolkes empfinden, weil ihnen das doch eine Handhabe gibt, etwaige Annexionsabsichten mit schlagenden Argumenten bekämpfen und so ihr Vaterland vor einer Irredenta bewahren zu können, die doch nur als Pfahl

im

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A 4

im Fleische Frankreichs wirkte. Dem Frieden, den wir wollen und den wir erstreben, dient am wirksamsten ungeschminkte Wahrheit, und ungeschminkte Wahrheit war das Bekenntnis des Saarvolkes bei der Jahrtausendfeier. Es war also wirklich unnötig, die Angstdeputationen nach Paris zu entsenden, um ein Verbot der Veranstaltung zu erwirken, was ja auch zu Versuchen von Paris aus führte. Es war Blödsinn, die armen Poilus 4 Tage lang in Alarmbereitschaft zu halten, Tanks und Geschütze bereit zu stellen und die Lothringer zum Umkehren zu zwingen, die während der Fest- und Weihetage des Saarvolkes Saarbrücken besuchen wollten. Es war unnötig, den Abgeordneten Reinhard in Forbach zu verhaften, da auch er und seine Gesinnungsfreunde nicht daran dachten, irgend jemand ein Leid zu tun.

Nun die Verbote der Regierung! Was bedarf es vieler Worte; jeder blamiert sich halt so gut als er kann. Glaubte die Regierung, wenn sie den deutschen Beamten die aktive Teilnahme verbot, damit sei der Jahrtausendfeier Abbruch getan oder die Beamten fühlten dann weniger deutsch? Unser Gebiet ist doch keine Kolonie Frankreichs oder eines sonstigen Siegerstaates, sondern ist deutsches Gebiet, in dem deutsche Beamte wirken gemäß der Treuhänderaufgabe des Völkerbundes, weshalb sie auch ei heiliges Anrecht darauf haben, mit dem übrigen deutschen Volke des Saargebietes Bekenntnisse abzulegen, die selbstverständlich sind. O' welchen Kleingeist verraten die schon eingetretenen Schikanierungen, dann die Maßregelungen durch die Grubenverwaltung, deren Ingenieure es sich in einigen Fällen nicht versagen konnten, ihrer "liberalen und demokratischen" Gesinnung durch die Worte gegenüber Bergleuten Luft zu machen: "Machen Sie Jahrtausendfeier, wir machen ja Gedinge!" Zeugten Flaggen-, Fackelzug-, Schmückungsverbot von Dienstwohnungen, Schulddekrete von Regierungsklugheit und Weisheit? Laden sie nicht den Fluch der Lächerlichkeit auf ihre Schöpfer? Das letzte Wort dieser Regierungstaten dürfte noch nicht gesprochen sein, wir müssen auch anderswerts dagegen protestieren, daß das Völkerbundsprestige in solcher Weise verwirtschaftet wird. Man kann sagen, daß von unseren Regierungsmännern Böses gewollt und Gutes gezeugt wurde. Die Wucht und die Größe dieses Bekenntnisses, dem gerade unsere Jugend solchen begeisterten Ausdruck gab, hat gezeigt, daß Verbote Luft sind, die keinem sittlichen und moralischen Rechtsboden entsprießen und daß letzten Endes die abgeschossenen Pfeile die Schützen selber treffen werden. Wir fühlen uns gedrängt, gerade als politische Vertretung des Saarvolkes an dieser Stelle dem Saarvolke unseren Dank für sein Bekenntnis, seine Disziplin und große Einsicht auszusprechen. Die politischen Parteien, die im interparteilichen Ausschuss vertreten sind, hielten sich absichtlich von allen Vorbereitungen und Aufrufen fern. Aus dem Volke heraus wuchs das Bekenntnis, hier hatte es seine Wurzeln und Kraft, weshalb Neidern und Fälschern kein Anlass gegeben wurde, das Bekenntnis zu einer parteipolitischen Mache zu stempeln. Man beliebt auf der Gegenseite immer gerne zu sagen, daß die politischen Parteien des Saargebietes und ihre Vertreter "Beauftragte Preußens, Pangermanisten", seien, daß wir Landesratsmitglieder "Emissäre Preußens" wären, um so unser Wollen und unsere Bekundungen von vornherein zu mißkreditieren bei den Mächten, die im Völkerbundsrat vertreten sind. Nun hat das Volk diese Unterschiebungen und Verleumdungen ad absurdum geführt. Es hat einhellig unterstrichen, was wir alle wollen: Recht und Freiheit für ein kerndeutsches Volk. Das Bekenntnis wuchs aus Menschen, die das Verachtung straften, was französische Blätter außer- und innerhalb des Saargebietes zu tun aufhetzten. Bei diesen Blättern war der Wunsch der Vater des Gedanken, das

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Saarvolk möge aus Kurzsichtigkeit eine Handhabe bieten, damit endlich zugepackt werden könne. Aber das Saarvolk hat durch seine wirklich mustergültige Disziplin und Selbstbeherrschung, durch seinen wirklichen Friedenswillen alle Hoffnungen unserer Gegner zuschanden gemacht. Dafür danken wir ihm, da es uns unsere Arbeiten und Pflichterfüllung leichter gemacht hat. Sein Treubekenntnis zu Volk und Vaterland ist wahr und echt, denn Treue in der Not ist wahre unzerstörbare Treue. Daraus müssen Schlussfolgerungen gezogen werden. Das Saarvolk hat klar und unzweideutig gesprochen. Unser Regierungsorgan muss jetzt wissen, wie es zu regieren hat; im Sinne der Treuhänderfunktion, die der Völkerbundsrat auszuführen verpflichtet ist. Richtig wäre es auch, wenn man bald die schlimmen Fehler korrigierte, die man bei Schaffung des Versailler Vertrages machte und wovon unser Saargebiet ein eklatantes Beispiel bildet. Tut man das, dann dient man wahrhaftig dem Frieden Europas und der Menschheit.

Aber auch innerhalb des Volkes gilt es Schlussfolgerungen zu ziehen. Das erheben Zusammenfinden anlässlich der Bekenntnistage des Deutschen zum Deutschen, wo das Band nationale Fühlesn und Einsseins alle umschlang, muss innerlich erhalten bleiben und gefestigt werden. Zu einer unzertrennbaren Einheit müssen wir zusammenwachsen, zu einem einheitlichen nationalen Wollen für immerdar. Das ist gegeben für immer, wenn wir das Nationale durch das Soziale unterbauen und fester fundamentieren. Herrenmenschentum, Klassen- und Kastengeist sind nicht geeignet, das Nationale zu nähren, zu unterbauen und fester zu fundamentieren. Im Geringsten der Brüder muss immerdar der vollwertige Deutsche erblickt werden, der mit allen übrigen, national gesehen, alles gemeinsam hat. Wir müssen daran arbeiten, daß der Aermste seine Familie menschenwürdig durchs Leben bringt, daß die einen nicht in großer Wohlhabenheit und die anderen in Verzweiflung und jämmerlicher Not dahinleben. Der geringste der deutschen Brüder muss sich in der nationalen Gemeinschaft wohl und geborgen fühlen, darf nicht das Gefühl des Ausgestoßenseins bekommen, darf nicht mit Hass und Bitternis gegen die eigene Volksgemeinschaft erfüllt werden. Das wird er nicht, wenn alle Volksglieder zu wahrhaftigem sozialem Tun und Handeln bereit sind, wenn sie nicht nur bei verschiedenen Gelegenheiten Lippenbekenntnisse machen, sondern durch soziales Tun und Handeln beweisen, daß sie das Wort "National" in seiner wahren Bedeutung erfasst haben. Dann wird jegliches Intrigenspiel unserer Gegner illusorisch werden, dann wird das deutsche Volk, das wir so heiß lieben, sich schnell emporarbeiten und der Welt weiter in friedlicher Kulturarbeit dienstbar sein. Das Gelöbnis, dem Sozialen mehr als bisher zu dienen, muss jedes wahrhaften Deutschen Weihgeschenk an's deutsche Volk jetzt am Schlusse einer 1000jährigen Geschichtsepoche sein.

Meine Herren! Wie wir erlebten, ist unser Regierungsorgan mit einer verblüffenden Fixigkeit dabei, wenn es gilt, etwas zu tun, was gegen das Saarvolk gerichtet ist und was geeignet ist, die Kluft zwischen ihm und dem Volke zu verbreitern. Die Regierungskommission käme den ihr gestellten Aufgaben besser nach, wenn sie sich der wirklichen Interessen des Saarvolkes annähme. Ich verweise da auf den wirklich skandalösen Vorgang in Güdingen, wo einfach das Haus eines Saarländers von französischen Gendarmen einen ganzen Tag lang belagert und zum Schluss erstürmt werden darf. Obschon in unserem Auftrag Herr Generalsekretär Mayer beim Regierungsorgan die nötigen Schritte unternahm und schon vor Wochen in demselben Falle sich bemühte, griff dieses nicht ein, sondern triumfierte die Militärgewalt, die auf Grund der Bestimmungen des

Vertrages

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Vertrages von Versailles im Saargebiet aber auch garnicht zu suchen hat. Warum schützt die Regierungskommission die ihr unterstellten Menschen nicht? Will sie damit kundtun, daß wir tatsächlich eine Kolonie Frankreichs sind? Wir müssen von ihr verlangen, daß sie solche Handlungen des Militärs radikal unterbindet und jeden Saarländer vor dem Zugriff und der Belästigung durch französisches Militär schützt. Das ist ihre Pflicht.

Weiter verweisen wir darauf, daß alle von uns unternommenen Schritte, minderjährige Saarländer aus den Fängen der französischen Fremdenlegion zu befreien, ohne Wirkung blieben. In diesen Tagen hat das Blut manchen Saarländers die marokkanische Erde getränkt. Im Saargebiet ringen Väter und Mütter verzweiflungsvoll die Hände, weil unser Regierungsorgan sich nicht stark macht, wenigstens die Minderjährigen den Eltern zu retten. Ich kenne einen Fall aus Berus, wo der älteste Schn (noch minderjährig) einer Familie mit 9 Kindern in die Fremdenlegion gelockt wurde. Der Vater verunglückte in der Grube, die Familie darbt, derweil der älteste Schn in der Fremdenlegion steckt und die mehrmals um Hilfe angegangene Regierungskommission glatt versagt. Diese Kulturschande müssen wir in die Welt schreien, damit überall erkannt wird, wie die Regierungskommission ihren Pflichten nachkommt. Wir müssen von ihr verlangen, daß sie bald durch Anschläge im ganzen Gebiet bekannt gibt, daß jede Werbetätigkeit für die Fremdenlegion verboten und Uebertretungen strengstens geahndet werden. Weiter verlangen wir, daß sie bald dafür sorgt, daß wenigstens die Minderjährigen der Fremdenlegion entzogen und ihren Eltern zurückgegeben werden. Sie muss dem Skandal ein Ende machen.

Meine Herren! Wir machten uns einer schlimmen Pflichtvernachlässigung schuldig, wenn wir stillschweigend über einen Zustand hinwegsähen, der ebenfalls zum Himmel schreit. Ich meine damit den Stand unserer sozialen politischen Gesetzgebung, von der die Lage der Sozialrentner, der Veteranen der Arbeit, der Hinterbliebenen töglich Verunglückter abhängig ist. Auf diesem Gebiet bestehen wirklich unhaltbare, ja skandalöse Zustände. Das ganze Volk muss sich auflehnen dagegen, daß seine Arbeitsveteranen und Hinterbliebenen tödlich Verunglückter auf Hungerrenten angewiesen sind. Es ist nicht so, als ob der Regierungskommission diese Zustände unbekannt wären. Allein die Tatsache, daß die sogenannte Frankenspende gewährt wird, beweist, daß auf dem Gebiete alles faul im Staate Dänemark ist. Sodann verging keine Sitzung im Landesrat, wo wir nicht mit allen Nachdrucke die Regierungskommission auf die Lage der Sozialrentner verwiesen hätten. Weiter liegen ihr längstens die Forderungen in konkret formulierter Form seitens aller Gewerkschaften vor. Zudem hat sie das Beispiel der deutschen Sozialversicherung vor Augen, die immer mehr ausgebaut wird und nur sinngemäß übertragen zu werden brauchte. Wo bleibt auf dem Gebiete die "Sorge" der Regierungskommission um's Saarvolk? Warum hier die Schwerfälligkeit? Man tut erstaunt und erbost im Regierungsorgan, wenn wir sagen, daß in Frankreich und der französischen Grubenverwaltung das Hindernis zu erblicken wäre. Wenn das nicht wahr sein soll, warum legte Herr Berghauptmann Vaudeville, der Leiter der Sozialabteilung, nicht schon längstens der Regierungskommission sozialpolitische Entwürfe gemäß den Arbeiter- und Angestelltenforderungen vor? Die Wirtschaft des Saargebietes muss an sozialen Lasten das tragen können, was die deutsche Wirtschaft, die noch mit den Verpflichtungen aus dem Dawesplan belastet ist, trägt. Müssen nicht die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Menschen zur Verzweiflung getrieben werden, die trotz wiederholter Hilferufe mit einigen wenigen Franken abgespeist werden? Meine Herren! Wenn auch schon oft hier Zahlen genannt wurden, so müssen wir es auch heute wieder tun. Die Welt muss sehen, wie die Regierungskommission für die Abgearbeiteten, für die Witwen und Waisen sorgt. Daher einige Beispiele:

Eine Witwe mit zwei und mehr Kindern, deren Mann vor der Besitzübernahme der Saargruben oder vor der gesetzlichen Einführung des Franken in einem anderen Betriebe zu Tode kam, erhält ganze 112,50 Fr. pro Monat an Rente. Wie sollen drei, vier und mehr Personen mit solchem Betrage ihr Leben fristen? Eine Witwe mit einem versorgungsberechtigten Kind erhält nur 75.-Fr. und eine alleinstehende Witwe nur 37,50 Fr. Kam der Ernährer in der Zeit ab gesetzlicher Frankeneinführung bis 31. August zu Tode, erhält eine Witwe mit zwei und mehr versorgungsberechtigten Kindern beim Gegebensein von 6000 Fr. Jahreseinkommen ganze 180.-Fr. pro Monat und 220 Fr., wenn der Unglücksfall nach dem 1.September 1924 vorkam. Es dürfte nicht viel Witwen mit zwei und mehr Kindern geben, die über die zuletzt angeführten Sätze hinauskommen. Aehnlich jämmerlich sind alle Rentensätze aus der Unfallversicherung, besonders die Rentensätze für völlig Erwerbslose oder völlig Hilflose. Bei der zur Zeit noch geltenden Regelung im Reich für Altrentner bezieht beispielsweise ein völlig Hilfloser dreimal so viel an Rente, als sein Leidensgefährte im Saargebiet. Angesichts dieses wirklich skandalösen Zustandes müssen wir verlangen, daß dem Landesrat noch in dieser Sitzungsperiode ein Entwurf vorgelegt wird, der gründlich Remedur schafft. Einer langen Vorbereitungszeit dazu bedarf es nicht; nur guter Wille ist notwendig. Dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages liegt ein neuer Entwurf vor, der die Unfallrenten von Grund auf neu gestaltet. Ich gebe die hauptsächlichsten Verbesserungen des Entwurfes bekannt:

1. Bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes soll die sogenannte Drittelungsgrenze fallen. Die Versicherungsgrenze erstreckt sich in diesem Entwurf auf ein Jahresarbeitsverdienst bis zu einem Höchstbetrage von 8400 Reichsmark, was gegenwärtig einem Betrage von fast 44000.-Fr. entspricht.

2. Die Versicherung soll sich auch auf den Weg zur und von der Arbeitsstelle erstrecken.

3. Erwerbsunfähige alleinstehende Unfallwitwen sollen anstatt bisher ein Fünftel zukünftig zwei Fünftel der errechneten Hinterbliebenenrente erhalten.

4. Ein Verletzter, der aus einem oder mehreren Unfällen 50 % bezieht, soll eine Kinderzulage von 10 % der Rente bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres des Kindes gewährt erhalten. Sind Kinder mit körperlichen oder geistigen Leiden behaftet, wodurch ihre Unterhaltung notwendig ist, soll die Kinderzulage bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt werden.

Diese grundlegenden Neuerungen müssen wir auch hier verlangen, zudem die Beseitigung der Drei- bezw. Vierteilung, die jetzt in der Unfallversicherung des Saargebietes besteht.

Wir müssen weiter verlangen, daß uns noch im Laufe der Beratung der gegenwärtigen Tagesordnung der neue Knappschaftsentwurf vorgelegt wird. Daß das keine Luxusforderung ist, beweist

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

beweist folgende kurze Gegenüberstellung: Ein Bergmann im Ruhrgebiet, der sich mit 25 Dienstjahren pensionieren lässt, erhält ohne Kindergeld monatlich 74,80 Reichsmark, heute gleich 390.-- Franken und im Saargebiet nur 101,25 Fr. Das besagt genug um die Berechtigung unserer Forderungen und das Unhaltbare der knappschaftlichen Lage zu beweisen. Was die Bergarbeiterschaft an Verbesserungen fordert, ist der Sozialabteilung und der Regierungskommission längst bekannt.

Auch die Vorlage eines Entwurfes betr. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung verlangen wir noch in dieser Sitzungsperiode. Unter gleichen Voraussetzungen bezieht ein Invalider, wenn er am 1.10.1910 versicherungspflichtig wurde, im Reich 28,40 Reichsmark, heute gleich 150 Fr. und im Saargebiet 69,25 Franken. Hier müssen wir eine grundlegende Reform verlangen, die die Teuerungszulagen abschafft, den Staatszuschuss, den Grundbetrag und die Steigerungssätze gemäß dem deutschen Vorbild und entsprechend der dortigen Sätze gestaltet. Das gleiche gilt für die Krankenversicherung. Im Reich beträgt die Mußgrenze 5 Reichsmark, heute gleich 25 Fr., hier nur 12 Fr. Mehr Worte brauchen nicht gemacht zu werden um die Notwendigkeit der geforderten Reformen darzutun.

Ein sehr trübes Kapitel bildet die Lohnfrage. Laut Teuerungsstatistik der Stadt Saarbrücken ist die Teuerung im Laufe dieses Jahres um fast 20 Prozent gestiegen. Die Frankenentwertung geht weiter, was weiteres Anziehen der Preise bedeutet. Die Arbeitnehmerschaft erhält aber keinen Ausgleich, sodaß sie tatsächlich den Schmachtriemen schon bis ans Ende zurückschnallen musste. Was tut hier die Regierungskommission? Geht sie beispielgebend vor? Nein! Sie ließ die Arbeiter der Staatsbetriebe monatelang "hangen und bangen". Nunmehr hat sie ihnen in Wahrheit "Hungerpfennige" gewährt. Es ist schon so wie ein ergrauter Eisenbahner sagte, daß man diese Lohnaufbesserung als Verhöhnung betrachten müsse. Die Stundenlöhne wurden um ganze 0,05 bis 0,15 Fr. "erhöht". Das langt nicht mal, um die Frankenentwertung dieser Tage wett zu machen, geschweige denn die gestiegene Teuerung auszugleichen. Ueber Millionen hat in letzter Zeit die Regierungskommission verfügt. Dem Arbeiter wirft sie einige Brosamen hin, womit der sich zufrieden geben soll. Damit dürfen wir uns aber als Volksvertreter nicht zufrieden geben. Wir müssen uns der Verelendung der breiten Volksschichten mit all unserer Kraft entgegenstemmen und zwar aus sittlichen und moralischen Gründen. Wir müssen von der Regierungskommission verlangen, daß sie sofort die Löhne aller Staatsarbeiter entsprechend der Teuerung, entsprechend den Forderungen ihrer Organisation, aufbessert und jede weitere Teuerungssteigerung sofort ausgleicht.

Aehnlich liegen die Lohnverhältnisse überall. Die Regierungskommission gibt ja den Takt an. Der Bergbau, der die meisten Menschen beschäftigt, macht natürlich keine Ausnahme. Der soll lediglich eine fette Pfründe für Frankreich bleiben. Er wird nicht nur betr. sozialer Lasten und Steuern unberechtigt geschont, er setzt auch seine Arbeitnehmer auf den Hungeretat. Das sind keine Phrasen, sondern Tatsachen. Lassen wir als Tatsachen die Tariflöhne sprechen: Der durchschnittliche Gedingehauerlohn im Saarbergbau beträgt 26,10 Fr., der Mindestlohn für sie 23,46 Fr. Der Lohn für Vollarbeiter unter Tage, die im Zeitlohn arbeiten, zwischen 21,80 bis 24,10 Fr. und der der Vollarbeiter über Tage zwischen 20,60 und 22,60 Fr. Hinzu tritt eine Sozialzulage von 1,50 Fr. je Schicht für die Frau und je nicht

der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

der Schule entwachs. Kind. Das sind die Bruttolöhne meine Herren! Es gehen da ab durchschnittlich jeden Monat 41.90 Fr. an Beiträgen zur Sozialversicherung, die Steuerbeträge, die Strafgelder, die in "verschwenderischer Fülle" auferlegt werden, die Gefällekosten, dann bei über 25000 Bergleuten die Fahrtkosten, die Kosten für doppelten Haushalt und die Mietbeträge für Benutzung des Schlafhauses oder der Quartiere. Heute herrscht eine große Verschuldung der Bergleute. Die Gewerbetreibenden und Geschäftsleute können dies bestätigen. Wer heute in die Haushalte unserer Bergleute und der übrigen Arbeiter kommt, findet nur Not und Elend. Tiefe Hochachtung erfasst mich immer wieder, aber auch heißes Erbarmen, wenn ich sehe, daß unsere Arbeiterfrauen mit solch jämmerlichem Einkommen ihre Familie durch's Leben schlagen. Diese Frauen sind für unser Volk und Vaterland mehr wert, als alle die, die da so gerne über die"begehrlichen"Arbeiter oder "faulen" Arbeiter schimpfen, wenn diese auch Ansprüche an's Leben stellen oder sich mit allen ihren Kraften dagegen auflehnen, länger als acht Stunden in die Betriebe gesperrt zu werden. Schon seit Januar ds.Jrs. haben die Bergleute keine Lohnaufbesserung mehr erhalten. Die französische Regierung gab damals das Versprechen, die Löhne gemäß der Teuerung steigen zu lassen. Bis heute ließ sie die Eingaben der Organisationen unberücksichtigt und unbeantwortet. Sie will nicht eingestehen, daß die Teuerung auch infolge des sinkenden Franken gestiegen ist. Und die Regierungskommission bezw. ihr Präsident übt seinen großen Einfluss in Paris nicht aus, um den Bergleuten Recht zu verschaffen. Nachher stellt man Jerimiaden an, wenn den Bergleuten der Geduldsfaden reißt und die Wirtschaft in's Stocken gerät.

Meine Herren! Die Regierungskommission hat eine Neuregelung der Beamtengehälter vorgenommen. Wenn man sich diese Neuregelung besieht, dann muss man zu dem Prädikat kommen: unsozial und ungerecht. Die Durchschnittsbezüge der Gruppen 2 bis 5 wurden um 4 bis 10,8 Prozent, die der Gruppen 6 - 18 um 17,1 bis 22,1 Prozent erhöht. Die Beamtenorganisationen haben gegen diese Regelung schon Einspruch erhoben. Auch sie verweisen darauf, daß die unteren Beamten mit Recht empört sind über diese "Neuregelung". Einige Fränkelchen pro Monat werden den unteren Beamten hingeschmissen und das nennt man dann "Aufbesserung". Dabei wird dann noch verlangt, daß Berufsfreude und Diensteifer wachsen sollen. Man bekommt nachgerade den Eindruck, als ob der Regierungskommission höchstes Ziel wäre, die breiten Volksschichten des Saargebietes, dieses deutsche Volk, so verelenden zu lassen, daß 1935 nur mehr ein rachitisches und tuberkulöses Geschlecht übrig ist. Sie hat auch nicht die Gelegenheit wahrgenommen, endlich die Lehrer sozial sozu stellen, wie es diesem wichtigen Beruf gebührt. Auch hier kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Lehrer und Lehrerinnen für ih treudeutsches Verhalten bestraft werden sollen. Dagegen müssen wir Front machen, weil wir nicht dulden können, daß der Beruf, dem die Erziehung unseres wertvollsten Gutes, unserer Kinder obliegt, verbittert und berufsunlustig gemacht wird durch das Verhalten der Regierung. Folgt die Regierungskommission den Vorschlägen, die die Beamtenorganisationen betr. der unteren Beamten dieser Tage gemacht haben, dann kann das Unrecht in etwa behoben werden. Wir stellen uns hinter diese Forderungen, weil sie der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Die Regierungskommission hat nun zu beweisen, ob sie die Berufsfreude der unteren Beamten und der Lehrer haben oder weiter verkümmern will. Wir verlangen

auch,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

auch, daß die ausländischen Beamten den einheimischen gleichgestellt werden. Die unberechtigte Bevorzugung muss aufhören.

Die Regierungskommission muss auch baldigst eine Neuregelung des Steuerwesens vornehmen. Schon vor langer Zeit hat das meine Fraktion verlangt. Im Reiche ist ab 1.Juni eine Neuregelung der Lohnsteuer in Kraft getreten, die sehr sozial ist. Ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen bis 250 Mark ist beim Vorhandensein von fünf Kindern steuerfrei; ist ein Einkommen von über 250 Mark zu verzeichnen, tritt Steuerfreiheit beim Vorhandensein von sechs Kindern in die Erscheinung. Hier ist eine praktische Grundlage geschaffen für die Neuregelung der Lohnsteuer im Saargebiet, die wir hiermit erneut fordern. Die breiten Massen bedürfen einer Entlastung, soll der Verelendung gesteuert werden.

Meine Herren! Es ließe sich stundenlang über dieses Kapitel reden. Nur das Notwendigste habe ich herausgestellt, weil unsere Forderungen insgesamt, die alle nur das Wohl des Volkes betreffen, der Regierungskommission bekannt sind. Will sie die Kluft, die sie durch ihr Verhalten und ihre Maßnahmen zwischen sich und dem Saarvolk gerissen hat, in etwa überbrükken, dann muss sie das tun, was wir immer wieder gefordert haben und heute nur erneut unterstreichen. Sie macht dem Saarvolk dann keine Gnadengeschenke, sondern handelt nur entsprechend der ihr auferlegten Pflichten, auf deren Einhaltung wir als Volksvertreter zu jeder Zeit mit allem Nachdruck verweisen müssen.

(B r a v o !)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr.Sender.

Dr.Sender: Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt geworden, daß dem Vorstand des Landesrates ein Wunschzettel zugegangen ist über die Erweiterung der Rechte des Landesrats selbst. Wir haben in der Vergangenheit vielfach über diese Erweiterung der Rechte gesprochen, und es ist deshalb mein Wunsch und auch der Wunsch meiner Fraktion, daß wir uns auch einmal mit dem inneren Ausbau der Rechte des Landesrats in dieser Sitzung befassen. Sie gestatten mir deshalb, daß ich zunächst die Frage nach der Wahl eines Präsidenten aufwerfe, die allerdings, das dürfen wir nicht vergessen, nur ein Bruchstück parlamentarischer Betätigung des Landesrats darstellt. Der Präsident wird es wohl schon von sich aus ablehnen, von der Regierung ernannt zu sein und nicht vom Volk gewählt zu sein. Es ist aber der Wunsch nach einem eigenen Präsidenten wie gesagt, nur ein Bruchstück aus dem Gesamtkomplex dieser Fragen,und es ist deshalb wichtig, daß sich der Landesrat auch einmal an seine Vergangenheit erinnert und in diesen Gesamtkomplex einschneidender Fragen einmal hereinsteigt, d.h. mit anderen Worten: der Landesrat soll seine Selbstverwaltung selbst in die Hand nehmen. Wenn man heute die Geschäftsordnung liest und die tatsächlichen Zustände, wie sie sich im Landesrat entwickelt haben, verfolgt, so erweckt diese Lektüre eine gewisse Komik. Denn man muss feststellen, daß diese Geschäftsordnung eigentlich tot ist, bis auf ihren lebendigen Präsidenten, der noch von der Regierungskommission ernannt ist. Wir müssen nämlich feststellen, daß in der Praxis nur ein ganz kümmerlicher Rest der aufoktroyierten Geschäftsordnung übrig geblieben ist. Und es ist anerkannt,

daß

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

daß der Landesrat in seiner Vergangenheit einmütig zu einer ganz glücklichen Sprengung dieser aufoktroyierten Geschäftsordnung gekommen ist, und sich sein Gewohnheitsrecht zu erlangen sucht, nämlich so zu reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Ich wünsche mit meiner Fraktion, daß auch in Zukunft diese Energie im gesamten Landesrat Platz greifen möge. Die Regierungskommission wird einsehen müssen, meine Herren, daß wir, wenn die Ereignisse sich draußen türmen, wenn wir bewegliche Klagelieder hören von den Armen, von den Schwachen, wenn die bedeutsamsten Ereignisse in der Außenpolitik ankochen, daß wir uns dann nicht mit derartigen Jämmerlichkeiten manchmal befassen können, wie sie uns zumutet. Wir müssen darüber hinausgehen. Der Landesrat ist in der Vergangenheit darüber hinausgegangen, und er wird die Energie aufbringen müssen, in der Zukunft zu dem Ziele zu gelangen, was sein Ziel in dieser Frage sein muss. Es bleibt dem Landesrat zu sagen, daß er in der Zukunft nur das sein wird, was er selbst aus sich macht.

("Sehr gut!" bei den Sozialdemokraten.)

Es gilt den Kampf um den Ausbau unserer Selbstverwaltung, Wahl des Präsidenten durch den Landesrat selbst, wie es auch bei seinen Beisitzern heute geschehen ist. Die Tagesordnung haben wir ohne irgend ein Einspruchsrecht der Regierung selbst festzusetzen. Praktisch ist dieses Recht ja, wie ich nicht vergessen will, errungen. Wir stehen aber vor einer passiven Haltung der Regierungskommission bezüglich des Initiativ- und Interpellationsrecht. Es ist geradezu verwunderlich und kühn seitens der Regierungskommission gewesen, daß sie den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, -der sich mit einer Besprechung der wichtigen Lohn- und Gehaltsfragen befasste, kurzerhand unbeantwortet ließ und unter den Tisch fallen ließ. Wir müssen zu erringen versuchen, daß wir ein parlamentarisches Ebenbild der sonstigen Parlamente in den Kulturstaaten werden, und wenn wir dann soweit sind, meine Herren, bedarf es einer Selbstzucht unter uns selbst. Sie werden sich allesamt in aller Kürze zu überlegen haben, ob wir in der Zukunft uns den Föderalismus einer obrigkeitlichen und aufoktroyierten Geschäftsordnung weiter gefallen lassen können. Und sie werden sich weiter zu überlegen haben, ob wir die Kraft aufbringen und aufbringen wollen, das in die Tat umzusetzen, was wir in der Vergangenheit immer wieder zu erkämpfen versucht haben, Herr im eigenen Hause zu sein mit einer eigenen Hausordnung. Ich vergesse dabei nicht, daß diese Geschaftsordnungsrute der Regierungskommission, und als solche war sie ja wohl geplant, eigentlich heute ein ganz jammervolles Stöckchem gewesen ist, vor dem die Kinder des Landesrats sich nicht allzusehr zu fürchten brauchten. Wir fordern vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten Jahren das Recht der Immunität. Es ist das eine so selbstverständliche Forderung, daß man eigentlich darüber zur Tagesordnung übergehen könnte. Denn die Unverletzlichkeit der Volksvertreter hat sich ja in allen modernen Kulturstaaten als eine politische Notwendigkeit herausgestellt, um die Zusammensetzung und Tätigkeit der Parlamente, unabhängig von der Regierung zu gestalten und unabhängig von der Justiz, die manchmal ja auch eine Justiz gar nicht darstellt und verschiedener Auffassung sein kann.

(Lachen rechts.)

Sie lachen, Sie werden mir doch darin recht geben müssen. Wir haben teilweise in Deutschland Zustände, die bezüglich der

Justiz

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Justiz einer Justizaktiengesellschaft gleichkommen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Denn der Zustand in der Rechtspflege kommt dem einer Aktiengesellschaft sehr nahe.

(Zurufe von Schmelzer, die unverständlich für die Stenographen sind.)

Ich weiß nicht, was Sie damit meinen, ich habe ja jetzt von den Zuständen in Deutschland gesprochen. Ich werde aber Ihre Mitteilungen gebührend zur Kenntnis nehmen. Es ist ein Jammer, daß im demokratischen Völkerbunsgebiet ein Zustand herrscht, der selbst in den überlebtesten Obrigkeitsstaaten nicht mehr zu finden ist. Ich habe daher den Antrag bezüglich der Immunität zu formulieren versucht. Ich darf dabei erwähnen, meine Herren, daß wir in unserer Fraktion einen Fall Schneider zu beklagen haben. Der Abgeordnete Schneider ist sr.Zt. disziplinarisch verfolgt worden und zwar von dem verstorbenen Minister Espinosa, in Wirklichkeit von Herrn Notton. Schneider hatte seine Beförderung bereits in der Tasche, sie war schon in's Postfach gelegt. Die Regierung hörte eine Rede, Herr Notton insbesondere hörte diese Rede. Sie gefiel ihm nicht und nun setzte die diszipilnarische Verfolgung des Herrn Abgeordneten Schneider ein.

(Zuruf Karius: "Keine disziplinarische Konsequenz.)

Wenn es keine disziplinarische Konsequenz ist, Herr Karius, dann ist es doch eine Schikane übelster Sorte.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir kommen genau darauf hinaus. - Wir haben z.Zt. einen Fall Reinhard gehabt. Sie nehmen es mir nicht übel, Herr Reinhard! Was Herrn Reinhard ohne seine Schuld passierte, kann auch einem anderen von uns passieren. Herr Reinhard ist z.Zt. in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in irgend einer Geschichte als diederhalb verdächtig, verhaftet worden und in Untersuchungshaft geführt worden. Deshalb wird von uns erneut die Immunität der Mitglieder des Landesrates verlangt, daß unter allen Umständen unterbunden ist, daß nicht noch einmal so ein Fall eintreten kann. Vielleicht könnte es den bürgerlichen Parteien sehr angenehm sein.

(Lachen des Herrn Schmelzer.)

Herr Schmelzer, ich kann sie sehr gut leiden; ich habe eine heiße Liebe zu Ihnen. Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat umgehend nachstehenden Verordnungsentwurf zur Begutachtung vorzulegen:

" Kein Mitglied des Landesrates des Saargebietes darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Mandates getanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Ohne

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

Ohne Genehmigung des Landesrates darf kein Mitglied während einer Sitzungsperiode in Untersuchung geführt, verfolgt oder verhaftet werden, es sei denn, daß es bei Ausübung einer strafbaren Tat überführt wird.

Auf Verlangen des Landesrates wird jedes Strafverfahren und jede Untersuchung für die Dauer der Wahlperiode aufgehoben."

Das ist ein klarer Antrag, der der früheren Verfassung entspricht und der im Strafgesetzbuch enthalten war. Der § 12 ebenso der § 11 wurde s. Zt. von der Regierungskommission aufgehoben, nämlich, daß wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen von der Verantwortung für den Verfasser frei bleiben. Ich verstehe nicht, daß die Regierungskommission wahrheitsgetreue Berichte nicht vertragen kann. Im Zusammenhang damit steht die bedeutsame Frage, der sie ihre volle Aufmerksamkeit widmen soll, die Wählbarkeit auf alle Saareinwohner zu erstrecken. Wir müssen insofern auch derjenigen gedenken, die nicht das sonderbare Glück haben, im Saargebiet geboren zu sein. Wir müssen täglich erleben, daß außerordentlich wertvolle Mitgarbeiter am Gesamtwohl des Volkes verloren gehen, weil sie nicht arbeiten dürfen weil sie ihre Geburtsstätte nicht im Saargebiet haben. Meine Herren! Alle derartigen Bestrebungen erzielen den innern Ausbau unseres Hauses und diese Erweiterungen sind umso notwendiger, als wir nur begutachtendes Organ sind und eine häufige Mißachtung erfahren mussten.

Es wundert mich, dass ich bei den Vorlagen eines Verordnungs-

entwurfes über Verkehr mit Streichhölzern zur Kenntnis genommen habe daß einige Mitglieder des Hauses bewußt oder unbewußt--ich nehme an, unbewußt zugestimmt haben, daß der Entwurf Gesetzeskraft erhalten hat ohne den Landesrat passiert zu haben. Es steht im Entwurf , der Entwurf ist in der Zwischenheit veröffentlicht." Die Regierungskommission hat sich nach allen Seiten umgehört, ehe sie den Entwurf in die Welt gesetzt hat. Sie hat uns dabei vergessen, wir sind nicht gefragt worden. Es steht nun am Schlusse dieser Ausführungen, dass dieser Verordnungsentwurf einen dringenden Charakter habe.

Meine Herren! Wenn die Regierungskommission glaubt, dass sie diesen Weg beschreiten kann, ist sie falscher Auffassung, dann irrt sie sich. Wenn sie aber in außerordentlich dringenden Sachlagen glaubt, uns einen derartigen Vorschlag machen zu können, so muss sie bedenken, ob nicht auf der Linken dieses Hauses auch bedeutsame Köpfe sich befinden, ebenso wie bei den bürgerlichen Parteien. Ich warne die Herren des Hauses vor derartigen Experimenten. Sie unterminieren unser kärgliches Recht der Begutachtung und schädigen unsern innern Ausbau. Das muss aufhören! Ich bitte Sie, die Gefahr, die darin begründet liegt, nicht zu verkennen. Ich wundere mich über die Zuständigkeit des Landesrates, da Herr Röchling bei der Flaggenfrage zur Kenntnis gegeben hat, dass der Landesrat bei dieser Vorlage übergangen worden sei.

Herr Kiefer hat von der Jahrtausendfeier gesprochen. Ich stehe nicht an, unbescheidet und unbekämmert um alle Angriffe die sich vielleicht nachher gegen meine nationale Zuverlässigkeit ergeben werden, meine persönliche Meinung und die meiner Fraktion wie aller maßgebenden Parteiinstanzen zur Kenntnis zu geben. Was ich im Vertrag vermißt habe, ist das Bekenntnis des ehemaligen Arbeiters Kiefer zur Republik. Herr Kiefer hat kein Wort davon gemeldet.

(Zurufe von links:" Sehr richtig !")

Herr Kiefer diese Republik liegt uns am Herzen und für sie kämpfen wir. (Zurufe von links:"Sehr richtig!")

Wir verkennen durchaus nicht, daß die Abhaltung eines solchen Festes nicht allein nicht zweckmäßig ist, sondern wir verkennen auch nicht ihre außenpolitische Notwendigkeit und ihre Grundlage dazu. Wenn

Sie

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 1

Sie diesen Satz behalten wollen, meine Herren, dann werden sie verstehen , ob unsere Kritik an der Jahrtausendfeier Berechtigung hat.

Wir haben die Besetzung der Rheinlande und des Saargebietes genau so empfunden wie Sie. und wir wissen auch, dass heute noch Rheinland und Ruhr auf einige Jahre besetzt sein werden. Wir erinnern uns mit größter Deutlichkeit des Separatistenschwindels und der Bedrückung der Bevölkerung zu jenen Zeiten. Wir erkennen die ganze Knebelungund viele Volkskreise, das Proletariat, haben sie mitempfinden müssen.

(Zurufe von links:"Sehr richtig!")

Das Proletariat hat Ihnen beim Kampf mit den Separatisten eine bewunderungswürdige Heimatliebe bewiesen. Wenn sie davon ausgehen, meine Herren, worden sie keinen Moment vergessen, der durchaus eine Würdigung verdient als ein Symbol des Kampes gegen Annexion, Druck und Bedrückung. Wir verkennen keinen Moment, daß dem Kabinett Painlevé morgen bereits ein Kabinett Poincaré folgen kann. Wir wissen, daß dies neue Gefahren bedeu ten würden. Es wäre traurig, wenn Rhein-und Saarländer dieser Ueberzeugung kommen durch Feste feiern daß also die Heimatliebe und die Kampfenergie erst durch Feste erzeugt werden könnten und müßten. Hierin gebe ich Herrn Kiefer recht. Meine Herren! Wogegen sich die Aermsten Söhne des Landes die nach der bürgerlichen Presse die treuesten sind, die nach Bismark, Bethmann-. Holweg und Hindenburg die treuesten sind..... Ich verstehe deshalb manche Angriffe nicht. Diese treuesten Söhne des Landes wenden sich gegen die großen Festgelage der Honoratioren und gegen die nichtgehörige Ausdeutung des an sich vortrefflichen Festes. Die Feste dauern bereits monatelang. Wir können solche monatlangen Feste nicht vertragen. Einige Tage hätten genügt und diese hätten genügt um aufzustehen und seinen unbeugsamen Willen zeigen zu können. Das was wir gewollt haben, ist nicht eingetreten.

Was wir wollen meine Herren, das ist nicht eingetreten. Deshalb kam es auch in dieser Frage zu einer Spaltung und zu einer Trennung. Wir wollen die Schlichtheit und kein Gespränge. Wir wollten die Feier begehen ohne die zahlreichen Festessen, die veranstatet wurden. (Schmelzer: Es war nur ein Festessen im Saargebiet,) und bei denen sich die Herren Ehrenmänner auch ohne das Proletariat den Magen verdorben haben! (Schmelzer:Das ist nicht ganz richtig, es wareh auch Proletarier dabei, sogar Kommunisten. -Lachen.-Reinhard: Sagen Sie mir mal, Herr Schmelzer wer von den Kommunisten diese Festessen mitgenacht hat!- Schmelzer:Ich werde es ihnen nachher sagen.) Dr. Sender forfahrend: Ich habe Einladungen von der Stadt Köln von Düsseldorf und vom Koblenz erhalten. Ich bin nicht hingegangen aus den Gründen, die ich Ihnen teilweise gesagt habe. Wir lehnen es ab, Feste mitzufeiern unter Ertönung des Schlachtrufes. Was soll denn das heißen daß die Knochen unserer Nachkommen aufgerufen werden, uns zu rächen! Hat denn die deutschnationale Partei wirklich keinen bessern Geschmack, als solche Geschmacklosigkeiten in die Welt zu setzen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und was sollen diese unmöglichen Racheverse bedeuten, die man da und dort hörte! Meine Herren! Wir können mit Ihnen keine Feste mitfeiern, wenn sie die Verfassungsfahne mißachten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) zunächst wenn sie die Verfassungsfahne nicht beachten! Ich will Ihnen vorläufig keine Mißachtung vorwerfen. Es gibt für uns kein Verschanzen hinter das Urteil der hiesigen Strafkammer. Sie wissen ja, Juristen können dies und Juristen können jenes. (Lachen auf der Rechten und im Zentrum.)Sie hätten genau sogut ein entgegengesetztes Urteil erwarten können, wie dieses Urteil.Es liegt zu fern den Herren einen Vorwurf zu machen, sie sind absolut loyal an das Urteil herangegangen.

(Schmelzer:

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

(Schmelzer: "Na also!")

und es ist ihre Ueberzeugung. Was ich aber von den bürgerlichen Kreisen trotz dieses Urteils erwartet hätte, wäre mehr Loyalität für die Republik gewesen!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es sind auch sehr viele Gelder unnötig vergeudet worden. Sie haben vorhin ein beweg. Klagelied des Herrn Kiefer gehört. Aber meine Herren, viel richtiger wäre es gewesen, wenn die vielen Millionen für die Aermsten der Armen verwendet worden wären!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube nicht, daß jemand aufstehen kann, der gegen diesen richtigen Gedanken Front zu machen in der Lage ist! Millionen sind verwandt worden für kostspielige Festessen, für Ausschmückung usw. im ganzen Rheinland. Wenn man dem bedrängten Saargebiet, dem Saargebietsvolk seitens des Rheinlandes oder wenigstens seitens des Saargebietes eine Jahrtausendkolonie zur Behebung der Wohnungsnot geschenkt hätte, dann hätten Sie sich, meine Herren, ein Denkmal für alle Zeiten gesetzt

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

und der Rausch des Festes wäre im ersten Stein unter Beseitigung der Wohnungsnot eingemeißelt in die Geschichte gewesen! Das ist unsere Auffassung. Deshalb sagen wir, meine Herren, wenn man solche Klagelieder hört von den Sozialrentnern, von den Arbeitern, von den unteren Beamten und Angestellten, von den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen usw. usw., wie sie alle heißen mögen in ihren einzelnen Kategorien, die Not leiden, bitterste Not leiden, dann bleibt es eigentlich nicht schwer, die Wahl zu treffen in der Verwendung der Geldmittel, ob man sie, wie geschehen, unnütz vergeuden soll, oder ob man, wie gesagt, ein Denkmal setzen soll für alle Zeiten!

Das Fest ist ein sehr schwerwiegender Vorwurf, den unsere Partei erheben muss. Dieses Fest wurde teilweise zu einem Kampf gegen die Republik!

(Sehr richtig bei den Sozialdemokraten!)

Das ist eine Seite, meine Herren, die Sie nicht verletzen dürfen! Schwarz-rot-gold ist die Fahne des groß-deutschen Gedankens! Schwarz-rot-gold ist das Zeichen des Reiches und der Republik!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie werden früher nicht erlebt haben, meine Herren, daß die Bevölkerung, als schwarz.weiß-rot noch die Reichsfarbe war, nicht schwarz-weiß-rot geflaggt hätte! Warum denn heute diese mangelnde Loyalität!

("Provozierung"! bei den Sozialdemokraten.)

Heute handelt man nach diesem Prinzip der mangelnden Loyalität und hisst eine Flagge, die die Gegner der deutschen Republik symbolisiert

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Das ist ein bedauerliches Mißachten der Republik. Ich behaupte auch, daß der Flaggenprozess in dem Moment unglücklich und überflüssig war. Es war wirklich nicht notwendig, in das Saargebiet diese Streitfrage hineinzuwerfen, wenn das deutsche Volk Abstand davon nimmt.

("Sehr richtig!" bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Wenn man bedenkt, daß vorhin Herr Kiefer -ich werde auch noch kurz darauf eingehen,-sein Klagelied anstimmte bezüglich der Löhne und Gehälter, hätte ich auch gewünscht, daß Herr Kiefer einmal, wenn er schon von der Bergwerksdirektion, der Regierung und nur von diesen allein redet, auch einmal der Industrie und teilweise auch des Gewerbes gedacht hätte und einmal gesagt hätte, warum geht denn die deutsche Industrie nicht beispielgebend vor. Warum verlangt man ausgerechnet von der Regierung, von der Fremdregierung, das Beispiel! Wichtiger wäre es doch, daß die heimische Industrie mit gutem Beispiel voranginge! Herr Kiefer darf bei seinen Ausführungen auch nicht die ganze Schuld auf die Regierung und Bergwerksdirektion schieben, sondern muss vor allem auch bedenken, daß die Industrie und gewisse Teile des Gewerbes mit Schuld beladen sind.

(Zuruf Kiefer: "Sonderbare Logik!")

Ich kann Ihnen beweisen, daß die saarländische Industrie gemeinsam mit der Bergwerksdirektion und der Regierung Hand in Hand arbeitet und die Löhne und Gehälter der Arbeiter, kleinen Beamten und Angestellten niedrig zu halten.

(Zuruf: "Sehr gut!" -bei den Sozialdemokraten-.)

(Zuruf: "Beweis, Teßmar!")

In der Frage besteht volle Einigkeit. Warum gibt die deutsche Industrie für das, was Sie von der Regierung verlangen, nicht selbst das gute Beispiel und verbessert endlich die sozialen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung! Diese ganzen Fragen hat Herr Kiefer vergessen, anzuschneiden. Es ist ein Leichtes, die kollegiale Zusammenarbeit der saarländischen Industrie mit der Bergwerksdirektion und Regierung zu beweisen zur gemeinsamen Niederhaltung der Löhne. In dieser Frage besteht bei jener Gemeinschaft volle Einmütigkeit, seltene Harmonie!

Meine Herren! Mit der französischen Presse wegen ihrer Haltung zur Jahrtausendfeier zu debattieren, halte ich für völlig überflüssig. Sie kennen unsere Auffassung. Und es steht der französischen Presse schlecht an, sich solche Frechheiten gegenüber der Saargebietsbevölkerung zu leisten. Die Regierungskommission hat außerordentlich viel Kluges noch nicht bewiesen, und in diesem Falle war ihre Klugheit auch wiederum eine ganz riesige Dummheit. Sie hat unklug und unüberlegt gehandelt und hat sich vor allem einer ganz riesigen Täuschung über die Sympathie hingegeben, die sie im Saargebiet eigentlich genießen sollte. Wir billigen ebenfalls nicht, daß sie bezüglich der Schulfeiern vorgegangen ist und den Beamten bezüglich ihrer Betätigung Vorschriften machen zu können geglaubt hat. Die Folgen, meine Herren, wissen wir ganz genau. Es gab viele Republikaner, die aus Trotz gegen die Regierung schwarz-weiß-rot geflaggt haben. Ich bin in diesen Tagen des Festes fast durch das ganze Saargebiet gekommen, und meine Herren, zu meiner Freude habe ich erfahren und feststellen können, daß das flache

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Land in seiner gewaltigen Mehrheit schwarz-rot-gold geflaggt hat. Die Stadt Saarbrücken glaubte, in diesen Tagen der Antipathie gegen die Regierung den Vorzug vor ihrer Liebe zur Republik geben zu müssen!

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: "Sehr gut!")

Meine Herren! Ich weiß ganz genau und meine Fraktion ist hierin mit mir einig, daß dieses Fest gezeigt hat, daß die Regierung geradezu eine grenzenlose Antipathie im Volke genießt. Es dürfte der Regierung ein Menetekel sein, daß sie zum mindesten Umkehr halten müsste in ihrer ganzen Haltung. Aber meine Herren, wir sind mit dieser Haltung des Volkes nicht einverstanden. Ich frage Sie, meine Herren, was ist denn wichtiger, was ist politischer, was ist bedeutungsvoller, seine Antipathie gegen die Regierung zügellos zu lassen, oder hier im Saargebiet die Anerkennung der Republik zu pflegen? Verdient die Antipathie gegenüber der Regierung den Vorzug vor der Achtung der Verfassungsfahne und der Achtung der Republik? Das sind die Fragen, in denen wir uns trennen, meine Herren, und wir uns trennen müssen. Und deshalb können die Minnegesänge bezüglich der Einheitsfront in aller Ruhe verstummen. Es ist doch jede Einigung von vornherein zur Aussichtslosigkeit verdammt, wenn wir dauernd auf eine derartige Gegnerschaft bei Ihnen stoßen müssen!

(Zuruf: "Sehr richtig!" -bei den Sozialdemokraten-)

Früher, als der interparteiliche Ausschuss bestand, da waren Sie von der Rechten teilweise sehr stark gebunden und wir glauben, mancherlei in Ihren Neigungen verhindert zu haben. Eine Partei lehnt in ihrer Parteizusammenarbeit der anderen gewissermaßen einzelne Zügel an. Aber meine Herren, wir haben uns gesagt, daß es nicht richtig ist, sich lediglich auf spezifisch außenpolitischen Fragen und reichspolitischen Fragen zu betätigen. Wir haben das ganze Jahr über mehr zu tun, als uns allein mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es gibt außer ihnen eine ganze Menge Fragen, die die Sozialdemokratie gewaltig interessieren. Deshalb ist das Thema einer solchen Einheitsfront in diesem Sinne durchaus nicht erschöpft. Ich will, damit in dieser Frage keine Unklarheit besteht, Ihnen sagen, daß heute, besonders die liberale Volkspartei, in der letzten Zeit nichts wichtigeres zu tun hat, als dauernd die preußische Regierung zu stürzen!

(Zuruf: "Sehr gut!" -bei den Sozialdemokraten.)

Viermal ist das Ministerium Braun-Severing gestürzt worden, um die Sozialdemokraten unter allen Umständen hinauszubugsieren!

(Zuruf Schmelzer: "Damit endlich die Mißwirtschaft aufhört!")

Das werden wir uns merken, Herr Schmelzer, wenn Sie niemals einen Riegel vor die künftige Einheitsfront geschoben haben, dann haben Sie es mit dieser Aeußerung getan!

(Zuruf Schmelzer: "Macht nichts, Sie kommen schon wieder!")

Deshalb können Sie eigentlich Ihr Werben um die Einheitsfront aufgeben, wenn die Dinge so liegen. Herr Schmelzer, daß Sie hier den Klassenkampf genau so führen wollen, wie im Reich! Ihre Partei führt doch in Preußen und im Reich einen geradezu schamlosen Klassenkampf!

(Zuruf Schmelzer: "Ihre Partei führt einen Kampf um die Futterkrippe!")

Ihre Aeußerungen können Sie nie wieder gut machen! Wir Sozialdemokraten

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Sozialdemokraten an der Saar fühlen uns auf das Engste mit unseren Genossen von drüben im Reich verbunden, und wir werden absolute Solidarität mit Ihnen üben. Wir können von Ihnen, Herr Schmelzer, wahrhaftig lernen, wie man den Klassenkampf führt, den Sie und Ihre Gesinnungsgenossen jetzt überall führen! Es gibt keine Einheitsfront unter dem Zeichen der Hakenkreuzler!

(Zuruf: "Sehr richtig!" -bei den Sozialdemokraten-.)

Meine Herren! Sie nannten schon einmal die Hakenkreuzler als Spitzel der Regierung. Ich weiß aber nicht, ob die Söhne vornehmer Eltern, die ich gesehen habe, alle Spitzel der Regierung sind! Ich möchte das zu ihren Gunsten nicht annehmen. Es ist die deutsch-nationale antisemitische und hakenkreuzlerische Welle, die in das Saargebiet hineinkommt!

(Zuruf: "Sehr gut!" - bei den Sozialdemokraten.-)

Da werden Sie einmal nach dem Rechten zu sehen haben.

Meine Herren! Wir glauben Ihnen weiter sagen zu dürfen -ich bezieh mich dabei lediglich auf das, was Herr Kiefer gesagt hat-, daß bei den Hungerlöhnen und Hungergehältern die Beamtenschaft, Angestelltenschaft, Arbeiterschaft, die Sozialrentner, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen usw., es gar nicht verstehen würden, wenn wir Hand in Hand mit Ihnen in den politischen Fragen einig gingen. Deshalb sage ich, meine Herren (zu recht) bessern sie sich!

(Zuruf Schmelzer: "Danke, gleichfalls!")

Ich bitte Sie, Herr Schmelzer, ich folge Ihren gehässigen Spuren nicht. Ich verfolge keine Personalpolitik. Wenn Sie glauben, gegen meine Person vorgehen zu müssen, so tun Sie das, ich kann Sie nicht daran hindern. Ich glaube, daß dieser Hass, der zum Ausdruck gekommen ist, deshalb hat entstehen können, weil Sie in dieser Form unsere Motive nicht gewürdigt haben. Man ist kein Lump, wenn man nicht einer Auffassung mit dem Gegner ist. Das wird mir Herr Reinhard bestätigen.

Herr Kiefer hat von der Lohn- und Gehaltsfrage gesprochen. Wir werden in Zukunft in eingehender Form etwas dazu zu sagen haben. Ich bemerke im Einvernehmen mit meinem Herrn Vorredner, daß über Arbeiter, untere Beamte, Sozialrentner usw. eine Katastrophe gekommen ist. Die Zahlen, die vorgetragen wurden, werden wir nicht vergessen. Als Unterlage ein Beispiel: Die letzte Gehaltsregelung der Beamten -sie lautet vom Oktober 1924-, wurde getroffen in einer Zeit, als der Teuerungsindex der Stadt Saarbrücken 100 betrug, während er heute 120 beträgt. Ich erinnere an den damaligen Umrechnungskurs von 4,60, während wir heute einen solchen von 5,25 zu verzeichnen haben. Sie sehen, daß Wandel in diesen Fragen geschaffen werden muss, umsomehr, als wir keine Gleichstellung mit den Beamten im Reiche haben. Die Leute entbehren jede Frauenzulage und den Ausgleich in der Kinderzulage. Es handelt sich um 100 % Unterschied in der Kinderzulage. Wenn die Regierungskommission und Großindustrie meint, daß die Leute mit 600 Franken oder mit den Zahlen des Herrn Kiefer pro Monat auskommen können, dann empfehle ich, daß diese Herren ihre Rollen mit denen der Witwen und Sozialrentner vertauschen sollen.

(Zurufe: "Sehr gut!")

<u>Ich</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Ich habe vorhin bereits gesprochen, daß in der Beziehung, was die Verhinderung der Erhöhung anbelangt, durchaus ein Einvernehmen zu den beteiligten Stellen, Regierung, Bergwerk und Großindustrie besteht. Ich glaube Herrn Kiefer zu erinnern, daß bei Bezahlung der Arbeiter das Motto lautet: "Einstimmig!".

(Zuruf: "Das haben Sie überhört!")

Wenn ich das überhört habe, nehme ich es zurück. Verzeihen Sie, daß ich geboren bin. Ich frage die Regierung, ob sie denselben Wirtschaftskampf haben will, wie bei der Mark-Inflation und ob alle beteiligten Stellen aus der Inflation nichts gelernt haben. Wollen wir denselben Hunger durch mangelnde Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter wie damals erleiden. Ich verkenne nicht, daß, was den Franken anlangt, für uns dasselbe zutrifft, wie für Frankreich. Sie haben gelesen, daß die französische Regierung den Notenumlauf um 25 % einschließlich der letzten 4 Milliarden erhöht hat insgesamt um 10 Milliarden, was nicht ohne Wirkung auf die Weiterentwickelung des Franken sein kann. Wenn gleichzeitig die französische Regierung eine Emission einer wertbeständigen Anleihe angekündigt hat, so hilft das dem darbenden Volke wenig, welches auf diese wertbeständige Anleihe eben nichts zeichnen kann, weil es nichts besitzt. Das können nur die besitzenden Klassen. Deshalb sagen sich auch diese Kreise, daß sie die Franken-Inflation mehr begrüßen als mehr Steuern zu zahlen. Die Massen der breiten Schichten und derjenigen, die nicht in der Lage sind, die Anleihen zu zeichnen, sehen das Schreckgespenst des kommenden, zweifellos kommenden Frankenrückgangs mit großer Sorge herbeikommen. Es bedeutet Steigerung der Kosten des Lebensunterhaltes der breiten Massen. Meine Herren! Wenn man liest, daß Frankreich 300 Milliarden Schulden hat, dann ist es ganz selbstverständlich, daß kein Retter für Frankreich erstehen kann.

(Zuruf Reinhard: "Marokko!")

Wenn Herr Reinhard Marokko erwähnt, so habe ich mir sagen lassen, daß dieser Krieg mindestens 3/4 Milliarden pro Monat verschlingt. Nehmen wir an, der Krieg dauert ein halbes Jahr, so sind das gleich 5 Milliarden. Meine Herren! Wenn Sie sich das vor Augen führen, dann ist es zweifellos erkenntlich, daß Caillaux, so tüchtig er sein mag, nicht der Retter Frankreichs sein kann. Meine Herren! Deshalb wird es so kommen und wir haben uns darüber zu unterhalten, gerade wegen der schlechten Gehälter, Löhne, Kurse usw., um uns klar zu werden, ob die französische Regierung in der Lage ist, diese Ausgaben, welche zu Verlusten für den Staat führen, aufzubringen.

(Lachen des Herrn Schmelzer!")

Ich habe meine Ratschläge auch an Sie gerichtet.

(Zuruf Schmelzer: "Danke schön!")

Die französische Industrie wird ein großes Interesse an der Franken-Inflation haben. Sie macht dasselbe, was die deutsche Industrie gemacht hat. Der Franken ist deshalb nicht mehr der Franken und mögen Wirtschaft und Rechtsprechung dies auch verkennen. Es muss in Wirtschaft und Rechtsprechung unter allen Umständen dafür gesorgt werden, und wenn man bedenkt, meine Herren, daß die Ausgaben des Etats für Löhne und Gehälter lediglich 60 % ausmachen, dann muss man sagen, was tut die Regierung mit den restlichen 40 %? Wenn die Regierungskommission nicht in der Lage ist, mindestens 80 % Gesamtausgaben einzusetzen und allen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Kategorien die Gehälter zu erhöhen, muss ich sagen, es ist höchste Zeit, Konkurs anzumelden.

Wir müssen fragen, ob wir nicht an eine vorläufige Abstimmung zu denken haben über Rückkehr in den großen Verband Deutschland. Meine Herren! Ich muss sagen, die Völkerbundsregierung hat ein geradezu miserables Examen abgelegt. Mein Herr Vorredner hat sich mit der Fremdenlegion befasst, und es ist unser Wunsch, daß die jungen Leute zurückkommen. Meine Herren! Ich habe eine ganze Reihe Gesuche bei der Regierung laufen, die sich mit Freimachung der Jugendlichen aus der Fremdenlegion beschäftigen. Sie laufen schon ein halbes Jahr. Diese jungen Leute werden inzwischen im heißen Wüstensand Marokkos verschmachten. Dieser Marokko-Feldzug wird zum größten Teil von Einheimischen und Fremdnen ausgeführt und das französische Volk wird in Reserve bleiben. In dieser Frage stimme ich mit dem Vorredner überein, daß hier die Regierungskommission klare Situation schaffen muss. Wir stellen daher einen Initiativantrag des Landesrates an die Regierung, damit sie uns endlich eine Verordnung zur Begutachtung zuschickt betr. Verbot jeglicher Werbearbeit für die Fremdenlegion im Saargebiet. Wir haben im Saargebiet eine ganze Reihe von Leuten, die in der Fremdenlegion und viele Elsass-Lothringer, die gefallen sind. Die Abenteuerer können wir nicht schützen, aber die, die aus jugendlichem Uebermut in die Fangarme des französischen Militarismus geraten sind. Nun habe ich an die Regierungskommission noch eine Frage: Was tut die Regierungskommission bei Frankreich, um die Hinterbliebenen der Gefallenen zu unterstützen? Das wird interessant sein! Im großen und ganzen werden in Marokko die Proletarier hingemordet werden. Wir müssen dem Proletariat noch einmal zurufen, ob es nicht zufrieden ist damit, daß seine Gebeine zu Millionen in Europa liegen, oder ob es Sehnsucht danach hat, daß seine Knochen im Wüstensande bleichen. Sollte das nicht eine Mahnung an das Volk sein, endlich in seiner Gesamtheit jenes nationale Gesindel zu durchschauen und frische Bahn zu schaffen.

(Bravorufe!)

sitzender: Es ist in der Vorbesprechung am vergangenen Donnerstag angeregt worden, eine gemeinsame Erklärung bezüglich der Erweiterung der Rechte des Landesrates hier einzubringen. Der Antrag bezw, die Erklärung ist bereits zu Beginn der Sitzung vorgelegt worden. Ich lasse sie jetzt durch den Herrn Sekretär verlesen, für den Fall, daß die weiteren Redner gleichfalls mit ihren Ausführungen darauf Bezug nehmen wollten. Sofern die beiden Herren, die schon gesprochen haben, noch dazu sprechen wollen, können sie es noch tung

(Zuruf Kiefer: 'Wir haben geglaubt, die Erklärung würde gleich verlesen werden!")

Es ist übersehen worden. Ich bitte den Herrn Protokollführer, die Erklärung zu verlesen.

"

Erklärung

der Zentrums- und der Deutsch-Saarl. Volkspartei.

betr. Erweiterung der Rechte des Landesrates.

Im Januar d.J., um die Zeit der Auflösung der Obersten

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Obersten Polizeiverwaltung wurde in der Presse eine Nachricht verbreitet, der zufolge seitens der Regierungskommission Erwägungen über die Erweiterung der Rechte des Landesrates gepflogen werden. Eine Bestätigung dieser Nachricht ist unseres Wissens durch die Regierungskommission nicht gegeben worden. Es ist jedoch notwendig, daß die bezeichneten Erwägungen der Regierungskommission, falls sie tatsächlich stattgefunden haben, und daß die Anregungen, die in dieser Richtung mehrfach von dem Landesrat ausgingen, endlich nach etwa dreijährigem Bestehen des Landesrates verwirklicht werden. Denn es kann mit den demokratischen Prinzipien des Völkerbundes nicht in Einklang gebracht werden, daß in dem Gebiete, das als einziges der besonderen Obhut des Völkerbundes anvertraut ist, ein autokratisches Regierungssystem herrscht. Die Erfahrung hat außerdem den Beweis erbracht, daß die Regierungskommission, deren Mitglieder zum größten Teile fremden Ländern entstammen und deren maßgebende Aemter in den Händen von Landesfremden liegen, gar nicht in der Lage ist, die Geschicke des Saargebietes so zu gestalten, wie es das Wohl der Bevölkerung erfordert. Letzteres kann nur dann gewahrt werden, wenn Regierung und Volksvertretung einmütig Hand in Hand arbeiten. Dieses ist aber nur dann möglich, wenn die Gutachten der gewählten Vertreter der Bevölkerung, die selbst mit der Bevölkerung verwachsen sind und daher ohne Weiteres als die besseren Kenner des Landes anzusprechen sind, zum mindesten zur Grundlage der zu erlassenden Gesetze und Verordnungen genommen werden. Ein Beiseiteschieben oder Mißachten dieser Gutachten muss in der empfindlichsten Weise die Interessen der Bevölkerung verletzen. Nur im Hinblick auf das Wohl der Saarbevölkerung hat der Landesrat zu wiederholten Malen größere Bewegungsfreiheit und Erweiterung seiner Rechte gefordert. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages, wenn sie im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit ausgelegt werden, stehen einer solchen Erweiterung nicht im Wege, verlangen diese sogar, wenn Artikel 46 sowie § 23 Absatz 2 und § 26 Absatz 3 im wahren Geiste des Völkerbundes und mit Rücksicht auf das Wohl der Saarbevölkerung ausgelegt werden.

So richten wir denn heute erneut unsere Forderungen an die Regierungskommission. Die hauptsächlichsten Forderungen sind folgende:

1. Mitbestimmungsrecht der Volksvertretung bei der Gesetzgebung und Etatbewilligung, wobei, um den Bestimmungen des Friedensvertrages zu entsprechen, in allen Fällen, in denen keine Einigung zwischen Regierungskommission und Landesrat erzielt werden kann, die Entscheidung beim Völkerbund liegen muss;

2. Freiheit für den Landesrat in der Führung seiner Geschäfte und Selbstwahl seines Präsidenten. Die jetzige Geschäftsordnung ist unhaltbar und muss durch eine neue, die sich der Landesrat selbst gibt, ersetzt werden. Es ist mit dem Ansehen einer Volksvertretung nicht vereinbar, daß ihr durch die Regierungskommission für eine längere Zeit nur ein stellvertretender Präsident gegeben wird.

3. Petitionsrecht, Interpellationsrecht, Recht der Initiativverträge für den Landesrat.

4. Gesetzliche Immunität der Abgeordneten.

5. Ausdehnung der Wählbarkeit für den Landesrat auch auf diejenigen deutschen Bewohner des Saargebietes, die nicht im Gebiet selbst geboren sind. "

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

sitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard!

nhard (K.P.): Meine Herren! Die Herren Vorredner haben beliebt, in ihren Ausführungen besonders hervorzuheben, meine Persönlichkeit. Es kommt mir so vor, als wenn die Herren Vorredner damit zum Ausdruck hätten bringen wollen, daß sie mit einer ganz besonderen Liebe meiner gedenken wollten!

(Zuruf: "Sehr richtig!" -Lachen-)

Aber diese Unterstützung, meine Herren Vorredner, kommt mir so vor, als wenn ich damit gestützt werden soll, wie ein Gehängter durch einen Strick gestützt wird.

(Lachen.)

Wenn es Ihnen ehrlich ist mit Ihren Aussagen

(Zuruf: "Ei natürlich!")

bezüglich meiner Verhaftung, wenn es Ihnen ehrlich ist mit den Aussagen, wie es der Zentrumsführer gesagt hat, -auf Grund der Volksgemeinschaft, dann sorgen Sie doch endlich einmal dafür, daß die 7000 Proletarier, die in Deutschland in den Gefängnissen sitzen, aus diesen Zuchthäusern entlassen werden,

(Zuruf: "Sehr gut!")

die Ihre Parteifreunde eingesperrt haben!

(Zuruf Kiefer: "Wir leben ja im Saargebiet!")

Sie sind doch diejenigen, die bei jeder Gelegenheit ihr Deutschtum betonen. Wir leben nach unserer Auffassung innerhalb der deutschen Sprachgemeinschaft, und es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß wir zu Deutschland gehören. Die Arbeiter, die heute in den Gefängnissen sitzen, waren diejenigen, die den Separatisten im Rheinland entgegentraten. Und Ihre Parteifreunde haben die Separatisten geschützt,

(Zuruf: "Oho!")

und die Arbeiter, die für die Erhaltung der deutschen Nation gekämpft haben, eingesperrt! Ich wollte damit sagen, wenn Sie es wirklich ehrlich meinen mit Ihren Ausführungen, so haben Sie Gelegenheit, dafür zu sorgen, daß auch das Volk etwas davon verspürt. Aber daß Sie es nicht ehrlich meinen, das verspürt ja heute die Arbeiterschaft selbst. Wenn Herr Schmelzer eine höhnische Bemerkung machte gegenüber dem Proletariat, so sind wir das von ihm gewohnt, wir setzen uns darüber hinweg!

(Zuruf Schmelzer: "Sie haben mich nicht verstanden!")

Ich habe Sie wohl verstanden. Diese Ausführungen haben Sie gemacht gegenüber dem Herrn Abgeordneten Dr. Sender!

(Zuruf Schmelzer: "Ich habe ihn nur angesprochen als Proletarier!")

Das sind wir von Herrn Schmelzer gewohnt. Der Höhepunkt der Ausführungen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Ausführungen der Vorredner gipfelt darin, daß das deutsche Volk und die deutsche Bevölkerung an der Saar nun einmal den Franzosen gezeigt hätte, wieviel Uhr es geschlagen hat! Ja, meine Herren, was war und was ist geschehen? Die herrschende Klasse sagt: "vor tausend Jahren ist das Saargebiet zum Reich gekommen, ist das Rheinland zum Reich gekommen, die deutsche Nationgeschaffen worden; die Deutschen sollen sich deshalb fieuen!" Wenn wir die Geschichte verfolgen, dann stellen wir fest, daß wir gar keine Ursache haben, als Proletarier uns zu freuen, weil es uns auf Grund der Behandlung unserer Vorfahren klar ist, daß es früher noch schlimmer war wie es heute schon ist. Wir haben alle Ursache, darum zu kämpfen, daß es uns nicht so geht, wie es unseren Vorfahren ergangen ist. Denn, meine Herren, was war denn früher? Da war das heilige römische Reich deutscher Nation. Wir hatten früher Zustände zu verzeichnen, so ähnlich, wie wir sie heute im Saargebiet haben, nur mit dem Unterschied, daß früher das Papsttum in Rom Deutschland zur Kolonie gemacht hat,

(Zuruf: "Schämen Sie sich! ")

während heute der französische Imperialismus das Saargebiet, die Rheinlande, ja ganz Deutschland, zur Daweskolonie gemacht hat! Wir haben also als Proleten keine Ursache, solche wahnsinnigen Feste mitzumachen!

(Zuruf: "Sie haben aber doch den roten Tag gefeiert! ")
- Lachen! -

Sie brauchen nicht zu lachen darüber, oder glauben Sie, wir Proleten würden die Geschichte nicht kennen. Ich erinnere Sie nur, wie ein deutscher Kaiser Bittfahrten nach Rom machte und zwar im Schnee und über die Alpen, wie er betteln musste vor dem Papst. Früher war es die Kirche, die die deutschen Proleten unterdrückt hat!

(Unruhe im Zentrum!)

Heute sind es die Kapitalisten. Das sind Tatsachen, meine Herren, und ich glaube, Tatsachen lassen sich nicht so leicht aus der Welt schaffen. Wie liegen die Dinge heute! Wer ist schuld an diesen Zuständen, wie wir sie heute haben? Sie sagen kein Wort davon, weshalb und warum wir heute unter dem Joch der französischen Imperialisten seufzen! Sie verlieren kein Wort darüber, wer schuld an diesen Zuständen ist! Ich will es Ihnen sagen: Es sind diejenigen, die heute das Volk aufrufen, gegen diesen Imperialismus sich zu wenden! Sie haben gewaltsam mit den Imperialisten aller Länder diese Zustände geschaffen in dem glorreichen Weltkrieg, in dem auch die Waffen gesegnet wurden durch Ihre geistlichen Vertreter, die Sie in Ihren Reihen sitzen haben!

(Zuruf: "Sehr gut!" -bei den Kommunisten-.)
-Lachen-

Dieselben Dinge spielen sich heute wieder ab! Was geht heute vor sich? Die "Lothriner-Volkszeitung" schreibt: "Es ist unerhört, daß in Marokko die Proleten sterben müsseb, ohne den Segen zu bekommen. Wir verlangen, daß die Geistlichen hinübergehen und sie segnen, damit die Proleten nicht zu sterben brauchen, ohne den Segen empfangen zu haben!" Was ist denn das anders? Sie haben von der Kultur des Saargebietes gesprochen.

Was

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Was glauben Sie, meine Herren, die Wilden, die von Frankreich im Weltkrieg hierher gebracht wurden und dieses Massenmorden gelernt haben mit den technischen Werkzeugen, die gesehen haben, wie die zivilisierte Menschheit sich gegenseitig abschlachtet, diese Wilden fragen sich heute mit Recht, wer die Wilden sind.

(Zurufe: "Sehr gut! u. sehr richtig!" -bei den Kommunisten und Sozialdemokraten.)

Betr. des Jahrtausendrummels habe ich zu sagen, daß die Regierungskommission das Recht hat, zu verbieten, was die gewählte Volksvertretung gutheißt. Dagegen wenden wir uns auch als Kommunisten.

Die Sozialdemokraten beschweren sich darüber, daß ihre Brüder in der Mitte nicht genügend von der Republik gesprochen haben. Wir wissen schon lange, daß in Deutschland eine monarchistische Regierung und keine republikanische besteht. Was ist der Unterschied zwischen dem System von früher und heute? Es ist nur der Unterschied, daß heute monarchistisch regiert wird unter dem Deckmantel der Republik. Herr Dr.Sender, Sie haben die Gerichtsbarkeit angeführt. Die Politik, die Ihre Partei in Deutschland . . . .

(Zuruf Dr.Sender: "Sie verwechseln Verwaltung und Rechtsprechung!")

Ja, Herr Dr.Sender, ich will Ihnen sagen, daß die Verwaltung stets der Ausfluss der regierenden Macht ist. Sie werden mir doch nicht sagen, daß Hindenburg der Mann ist, der das deutsche Volk retten kann. Nun die eigentliche Frage, die uns beschäftigt und die in erster Linie behandelt werden muss, das ist die Frage der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft. Ich habe mich gewundert, daß man von seiten der Bürgerlichen wunderbare Töne angeschlagen hat, daß der ärmste Sohn auch der treueste ist. Deshalb wird die große Masse arm gemacht, damit sie getreu sein soll. Herr Röchling hat es in der Praxis durchgeführt. Er hat die Leute ausgesperrt. Ist das dasjenige, was man den Leuten anbietet, ist das Volksgemeinschaft? Glauben Sie das? Meine Herren, die Arbeiter machen sich andere Gedanken über Volksgemeinschaft. Ich kann Ihnen nachweisen, daß die Leute der Rechten mit schwarz-weiß-roten Fetzen -dieser Fetzen, der hier bei der Jahrtausendfeier herausgehängt wurde- eine Volksgemeinschaft wünschen. Wenn das die Volksgemeinschaft ist, die man uns bringen will, danken wir dafür. Wie sehen die Dingen in Wirklichkeit aus. Herr Röchling hat vor der Jahrtausendfeier bekanntgemacht, daß der Lohn abgebaut würde. Wenn man uns sagen will, daß der Streik durch Agenten angezettelt wurde, so sage ich Ihnen, Herr Kiefer, Streiks kann man so wenig anzetteln durch Agenten, wie man eine Volksbegeisterung durch Agenten anzetteln kann. Man hat 8 Tage vor der Jahrtausendfeier Leute gemaßregelt. Betrachten Sie das System auf der anderen Seite, so werden Sie feststellen, daß der Lohn des Bergmanns der geringste ist, obwohl der Bergmann die schwerste Arbeit zu verrichten hat. Die schönsten Versprechungen werden gemacht, wenn ein Grubenunglück vorkommt und zur Einigkeit gemahnt. Wir wollen keine Einigkeit mit Röchling, der mit de Wendel gemeinsam die Arbeiter ausplündert. Sie wollen nicht De-Wendel, sondern die französischen Arbeiter schlagen. Wir aber wollen ein Bündnis mit der französischen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Arbeitern, um De-Wendel und Röchling zu schlagen.

Die Liberale Volkspartei hätte sehr gut Gelegenheit, juristisch zu beweisen, wie sie es in der Flaggenfrage getan hat, ob das gesetzliche Zahlungsmittel rechtsgültig ist. Ihr Parteifreund Röchling hat nicht zu der Regierung gesagt, wir pfeifen auf den Franken, die Verordnung ist rechtsungültig.

(Zuruf: "Den Franken habt Ihr verlangt!")

Ich verweise auf den Protest des Landesrates, wo die kommunistische Fraktion die Einführung des französischen Franken einstimmig abgelehnt hat. Sie wollen es aber deshalb der Regierung nicht beweisen, weil Sie heute mit Franken Geschäfte machen, indem Sie die Waren in kaufkräftigem Geld absetzen und die Arbeiter in schlechtem Geld bezahlen. Die Zeit wird kommen, wo Ihnen das Witzemachen vergehen wird. Wenn die Regierung selbst sagt, daß 60 % der gesamten Einnahmen für Gehälter zur Auszahlung kommen, so haben wir festgstellt, daß der größte Teil der Gehälter nur an ganz wenige Personen gezahlt wird. Wir sind in dieser Beziehung mit dem Beamtenbund einig. Die Saarbrücker-Zeitung hat dokumentiert, daß Lohnerhöhungen absolut nicht stattfinden dürfen und daß die unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht mehr haben dürfen. Ihre schönen Reden bringen das nicht weg, was schwarz auf weiß steht. Was sagen übrigens die Beamten zu diesen Mißständen? Was sagt Minister Koßmann in der Regierung? Was sagen die 20 Ministerialräte und Oberregierungsräte von der Zentrumspartei und den übrigen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, die in der Regierung sitzen? Was sagen sie dazu? Warum greifen sie nicht ein? Warum fordern sie keine Rechenschaftvon ihren Mitarbeitern dort in der Regierung, damit eine Aenderung geschaffen wird?

Während Sie hier die Massen aufgepeitscht haben, um sie für Ihr Ziel nutzbar zu machen, zu gleicher Zeit verhandeln Sie dauernd mit der französischen Regierung und sitzen zusammen und bauen zusammen einen deutsch-französischen Handelsvertrag. Ich glaube sogar, daß der Herr Kommerzienrat Röchling deswegen an der heutigen Sitzung des Landesrates nicht teilnehmen konnte, weil er in Paris sitzt und dort beratet, wie er seinen Arbeitern am besten das Fell über den Kopf ziehen kann!

(Zuruf der Kommunisten: "Sehr gut!")

Ja, meine Herren! Was bringt denn dieser deutsch-französische Handelsvertrag Gutes für die saarländische Bevölkerung, den Sie abschließen helfen? Die Partei der Schwerindustrie, die Liberale Volkspartei, ist der Träger dieses Handelsvertrages; die Liberale Volkspartei ist diejenige, die diese Dingen herbeisehnt! Sie wollen uns doch nicht beweisen, daß durch diese Zollabschnürung das Lebensniveau der Saarbevölkerung höhergeschaffen wird!

(Zuruf Schmelzer: " Jawohl! ")

Sie wollen das beweisen! Darauf sind wir gespannt. Sie können höchstens beweisen, daß der Geldsack und der Provit-Teufel die Väter dieses Vertrages sind, und das Proletariat, die Arbeiterschaft, wird die Geprellten sein! Und noch eins und zwar das Wichtigste. Es wurde hier gesprochen, daß die Inflation des französischen Franken vorwärtsgehe, es wurde gesagt, daß die Kaufkraft desselben sinkt; es wurde gesagt, was dagegen zu tun ist. Aber noch niemand hat etwas Positives getan. Und weshalb sinkt die Kaufkraft dauernd, und wer hat es veranlasst? Alle bürgerlichen Parteien Frankreichs einschließlich der Sozialdemokratie!

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Sozialdemokratie! Sogar die sozialdemokratische Partei, die so für den Völkerfrieden eintritt, die am 1.Mai die Arbeiter aufgerufen hat zur Demonstration, sie hat in Paris in der Kammer Kredite bewilligt für den Marokkokrieg und hilft dadurch mit, daß durch den Marokkokrieg die Inflation des französischen Franken beschleunigt wird. Warum beschleunigt man denn die Inflation; wir haben es erlebt, in Deutschland, daß die Inflation nur zum Schaden der arbeitenden Klasse sich auswirkt und daß die besitzende Klasse ungeheuere Profite bei einer Inflation einheimst! Wir haben die Konzernbildungen erlebt, die nur durch die Inflation möglich waren, auf Kosten des Proletariats und auf Kosten des ausgeplünderten Mittelstandes. Was ist nun gegen diese Dinge zu tun? Die Sozialrentner stehen vor der Tatsache des Verhungerns mit ihren erbärmlichen Jammerrenten, die Sie seinerzeit beschlossen haben und über die Sie heute schimpfen. Sie haben unsere Anträge seinerzeit abgelehnt in der Unfallversicherung. Herr Kiefer, das haben Sie anscheinend vergessen. Als wir höhere Sätze verlangt haben, da war es Herr Röchling von der Liberalen Volkspartei, der gesagt hat: "Wir sind nicht in der Lage, in der Schwerindustrie die Unfallversicherung zu tragen." Heute, Herr Kiefer, kommen Sie hierher und verlangen, daß endlich diese Hungerrenten aufgebessert werden. Ich weiß, daß wir früher dafür eingetreten sind als Kommunisten.

(Zuruf: "Für die Ablehnung!")

Wir werden es Ihnen beweisen durch das Protokoll der Landesratssitzung, und wir werden Ihnen beweisen, daß alle diese Jammerzustände in der Sozialversicherung, die heute bestehen, durch die bürgerlichen Parteien herbeigeschafft worden sind, daß die Rechtsparteien sich mit aller Energie dagegen stemmten, das ist festgelegt in den Akten des Landesrates.

Genau dasselbe in der Frage der Besteuerung. Wer hat die Lohnsteuer geschaffen, von der Sie heute hier reden! Nicht die böse Regierungskommission , über die Sie schimpfen hier im Hause und am anderen Tage die Hintertreppe hinauflaufen, tagein, tagaus. Nicht die Regierung, sondern ihre deutschen Beamten, die Sie dort sitzen haben, die haben auf die raffinierteste Weise diese Steuern ausgeheckt. Wir hatten uns dagegen gewendet. Sie waren diejenigen, die diese Dinge herbeigeführt haben.

Ferner verlangen wir schon 4 Jahre lang dauernd eine Gegenseitigkeit der Versicherungsträger des Saargebietes mit Lothringen. Was sagen Ihre Beamten dazu, die dort in der Sozialversicherung sitzen? Was haben sie bisher getan auf Grund dieser Forderungen?

Eine andere Frage. Wo sind die Rücklagen der Versicherungsträger hier im Saargebiet? Wo sind sie hingekommen? Im Kriege hat man sie in die Luft geschossen. Heute will man mit süßen Reden die hungernden Hinterbliebenen betrügen. Die deutsche Regierung soll die Millionen, die in Kriegsanleihe gezeichnet wurden, von den Knappschaftsversicherungen und all den Versicherungen einmal hierher zahlen,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

zahlen, wo sie hingehören! Diese Tatsachen können Sie nicht aus der Welt leugnen mit ihren faden Redensarten, Herr Schmelzer.

(Zuruf Schmelzer: "Sie haben ja auch eine Feier veranstaltet!")

Ich werde Ihnen sagen, was wir gemacht haben. Ich frage Sie, warum die französischen Nationalisten nicht gegen Sie vorgehen, wie sie gegen uns vorgehen? Weshalb geschieht es? Es besteht doch sicherlich eine enge Verbindung mit Ihnen und denjenigen, über die Sie in der Oeffentlichkeit so gerne schimpfen

(Zuruf Schmelzer: "Fantasie!")

und hintenherum mit ihnen scharwenzeln! Ja, Herr Schmelzer, ich glaube, daß Ihnen allmählich der Mund zugeht. Das ist keine Fantasie, sondern das sind eiserne Tatsachen! Gehen Sie einmal hinaus unter die Massen und hören Sie die Stimmung. Hätten Sie die Millionen genommen, die verschwendet wurden in diesen Tagen und hätten Sie den armen Leuten etwas gegeben, die kein Brot zu essen haben, die unter den Brücken hausen müssen!

(Zuruf der Kommunisten: "Hört, hört!")

Hier wäre es angebracht gewesen, einmal die Volksgemeinschaft zu zeigen!

(Zuruf Schmelzer: "Siehe Jägersfreude!")

Wir haben es nicht gemacht wie Sie; Sie haben sich in den Ratskeller gesetzt und auf Kosten der Stadt Saarbrücken gefuttert und gezecht. Das können Sie von uns nicht behaupten.

(Zuruf Kiefer: "Es waren auch kommunistische Stadtverordnete dabei, die sollen bis zum Morgen kräftig geprostet haben! -Lachen-.)

Ich will Ihnen noch eine andere Frage aufrollen, und das ist die folgende: Sie reden immer wieder von dem demokratischen Völkerbund. Verschiedene Zeitungen des Saargebietes, die Ihrer Partei nahestehen, verlangen immer wieder, die deutsche Regierung solle eintreten in dieses Institut, genannt Völkerbund. Gerade daran anknüpfend an die heutigen Pressemeldungen Ihrer Zeitungen, in denen gesagt wird, daß England sich bemüht, gegenüber dem Arbeiter- und Bauernstaat Russlands alles aufzuhetzen. Das ist die Bemühung Englands. Es verlangt, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten soll, um es als Henkersknecht zu benutzen gegenüber dem einzigen Staat, der es gewagt hat, während der Ruhbesetzung ein offenes Wort zu sprechen!

(Zuruf Schmelzer: "Das war aber alles!")

Alle diejenigen, die sich heute einsetzen für den demokratischen Völkerbund, sie setzen sich dafür ein, daß sich der englische Imperialismus über den ganzen Erdbail erstreckt; sie setzen sich ein für eine Kolonie Deutschlands, sie wollen den

<u>Massen</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

lassen etwas vorgaukeln, daß nur durch den Eintritt in den Völkerbund die Rettung Deutschlands möglich sei. In Wirklichkeit wird dadurch das Volk als Sklave an die ausländischen Imperialisten ausgeliefert.

Auf Grund dieser Tatsachen haben wir folgende Forderungen zu stellen:

1) Wir fordern die sofortige dreifache Erhöhung der Gesamtbezüge der Sozialrentner und zwar rückwirkend ab 1.April 1925, so wie die Besoldung der Beamten in Kraft getreten ist.

(Zuruf Dr.Sender: "In Wertbeständigkeit!")

Darauf kommen wir noch später zu sprechen, Herr Dr.Sender; gedulden Sie sich nur, wir sind erst am Anfang unserer Forderungen!

2) In der Invalidenversicherung verlangen wir, daß bei Pensionierung oder bei 50 %iger Erwerbsunfähigkeit oder mit 55 Jahren die Rente gewährt werden muss.

Auf die heutigen Zustände brauchen Sie sich wirklich nichts einzubilden, wenn Sie bei jeder Gelegenheit betonen, daß wir eine so wunderbare Sozialversicherung hätten. Die heutigen Zustände sind wirklich so, daß die Invalidenrente als solche überflüssig ist, wenn nicht endlich diese Forderungen erfüllt werden.

3) Bei der Unfallrente verlangen wir endlich die Verdienstberechnung, die Drittelungsgrenze muss verschwinden.

4) Ebenso bei der Hinterbliebenenrente. Ist die Frau mit ihren Kinderchen nicht genau so in Not, wenn der Mann tot ist? Wir verlangen unbedingt die volle Rente auch für die Hinterbliebenen.

Dann weiter: Die Kriegsopfer führen immer wieder Klage darüber, daß ihnen die 50 %, die seinerzeit das Haus hier einstimmig bewilligt hat, nicht ausgezahlt werden. Und Ihr Parteigenosse, der Zentrumsminister Koßmann, der Wohlfahrtsminister, kümmert sich nicht darum. In diesem Hause habe ich schon dreimal die Anfrage gestellt, welche Stellung Herr Koßmann in dieser Frage gegenüber der Regierungskommission eingenommen hat; weshalb er sich nicht eingesetzt hat für diese 50 %, die Ihre Partei auf unseren Antrag hin mitbewilligt hat. Die Kriegsopfer verlangen endlich Auskunft. Herr Koßmann ist derjenige, der sich weigert, mit dem Einheitsverband der Kriegsopfer zu verhandeln, weil ein Vertreter einmal die Regierung beleidigt haben soll. Wenn Herr Koßmann nicht verhandeln will, dann soll er die Konsequenz ziehen und seinen Posten verlassen.

Die Rücklagen der Versicherung verlangen wir in Goldwährung vom deutschen Reich, denn hier im Saargebiet sind die Invaliden und Sozialrentner am verhungern. Wir verlangen das Geld, das die Leute bezahlt haben. In der

<u>Knappschaftsfrage</u>

Knappschaftsfrage verlangen wir, daß die Vorlage so behandelt wird, wie sie der Landesrat beschließt.

In der Steuerfrage verlangen wir Beseitigung der Lohnsteuer. Der Arbeiter bekommt sein Geld monatlich oder wöchentlich abgezogen und die anderen Berufe zahlen weit später. Wenn Sie gleiches Recht für alle wollen, wie man es bei Beratung der Steuervorlagen betont hat, dann muss die Lohnsteuer beseitigt werden. Wir stellen folgenden Antrag und bitten, demselben stattzugeben. Der Antrag lautet:

" Der Landesrat möge beschließen:

1. Die gesetzliche Währung im Saargebiet ist die deutsche Reichsmark.

2. Die Verordnung Nr.352 Amtsblatt Nr.13 vom Jahre 1923 betreffend:
   Einführung der französischen Währung
   als gesetzliches Zahlungsmittel
   ist rechtsungültig.

<u>Begründung</u>:

a) juristisch.
Gesetze und Verordnungen können im Saargebiet nur geändert oder erlassen werden nach Anhörung der gewählten Vertreter der Saarbevölkerung (§ 23 des Saarstatutes des Vertrages von Versailles).

Die gewählten Vertreter des Saarvolkes haben seinerzeit einstimmig das französische Zahlungsmittel als gesetzliche Währung abgelehnt. Wenn die Regierungskommission trotzdem die Verordnung erlassen hat, so hat sie wieder einmal den Willen der Bevölkerung mit Füßen getreten und bewiesen, daß sie das Saargebiet lediglich nur als französische Kolonie betrachtet.

<u>Der Sinn des § 23 des Saarstatutes verlangt nur deshalb die Anhörung der Volksvertreter, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, entsprechend dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung Gesetze und Verordnungen zu erlassen.</u>

Eine andere Auslegung dieses Paragraphen des Saarstatutes ist gänzlich unmöglich.

Die Verordnung Nr.352, Amtsblatt Nr.13 vom Jahre 1923 ist deshalb rechtsungültig.

b) politisch.
Das Saargebiet ist durch den Vertrag von Versailles ohne Befragen der Einwohner zu Unrecht von der deutschen Nation und Spracheinheit abgerissen worden und wird unter der Maske des Völkerbundes als Kolonie des französischen Imperialismus ausgebeutet. Dadurch ist das Selbstbestimmungsrecht der
<u>Nation</u>,

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Nation, das vom Völkerbund als Instrument der imperialistischen Mächte propagiert wird, mit Füßen getreten worden. Dieser Fall zeigt wiederum deutlich, daß das Selbstbestimmungsrecht nur dann angewendet wird, wenn es den imperialistischen Räuberstaaten in den Kram passt.

Dieser Zustand ist vorläufig auf die Dauer von 15 Jahren garantiert.

Die Einführung der französischen Währung durch die Regierungskommission als Beauftragte des Völkerbundes, hatte deshalb nur den Zweck, das Gebiet vollständig unter die Hegemonie des französ. Imperialismus zu bringen.

Das war die Fortsetzung der alten Völkerbundspolitik, die durch den Versailler Vertrag, durch die Uebergabe der Saargruben an den französischen Imperialismus, durch die Lostrennung der Bahn und Post vom Reiche, durch die Einführung französischer Schulen, diese Französierungs- und Lostrennungsbestrebungen begonnen hatte, um sie dann später durch die Einführung der französ.Währung, durch die Zollabschnürung am 10.Januar, durch den deutsch-französischen Handelsvertrag und dann durch den Garantiepakt zu verstärken.

Die Kommunistische Partei kämpfe bekanntlich gegen jeglichen Imperialismus und deshalb auch gegen die Losreißung des Saargebietes vom deutschen Reiche.

Nur das klassenbewusste Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei ist imstande, die nationale Frage zu lösen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu wahren. Das beweist am treffendsten die Existenz Sowjetrusslands.

Die imperialistischen Mächte sind niemals in der Lage, die nationale Frage zu lösen, da bei ihnen durch das Profitinteresse alle anderen Fragen untergeordnet werden. Das beweisen die nationalen Revolutionen und Aufstände auf dem Balkan, in Asien, Afrika; das beweisen die Kämpfe in China und Marokko.

Darum ist es selbstverständlich, daß wir jede Bestrebung der Regierungskommission, im Sinne des französischen Imperialismus zu wirken, auf's Schärfste bekämpfen.

c) <u>wirtschaftlich.</u>

Durch die Einführung und Beibehaltung des franz. Franken und die gewaltsame Fernhaltung der Reichsmark wird die gesamte Saarbevölkerung erneut dem Gespenst der Inflation entgegengeführt. Die Valutakrise des französ.Franken wird durch den Marokkokrieg wesentlich beschleunigt, ähnlich, wie seinerzeit in Deutschland die Währung durch den Ruhrkrieg vollständig vernichtet wurde.

<u>Die</u>

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 1

Die Kaufkraft des französ.Zahlungsmittels sinkt täglich tiefer; die Not der besitzlosen Klasse des Saargebietes ist deshalb heute schon bis in's Unerträgliche gestiegen. Die Sozial- und Kriegs-Rentner erhalten teilweise nur ein Drittel der Hungerrente ihrer Kollegen im Reiche.

Der Lohn der Arbeiterklasse wird täglich geringer, während die Valutagewinne der französ. und deutschen Kapitalisten in's Maßlose steigen. Deshalb vermeidet die Schwerindustrie d.i. die saarländische Volkspartei und ihre Lakaien, die Sozialdemokratie, ängstlich diese Frage auf die Tagesordnung zu stellen.

Durch die schlechte Kaufkraft der Arbeiterschaft wird auch der Mittelstand allmählich in die Reihen des Proletariats hineingezwungen; an diesem Ziele arbeiten die deutschen und französ.Ausbeuter gemeinsam.

Das deutsche Unternehmertum führt nach außen eine Scheinaktion gegen Frankreich, um die Wut und Verzweiflung der ausgebeuteten und ausgeplünderten Massen von ihren eigentlichen Unterdrückern, dem deutschen und französischen Kapital gegen die französischen Arbeiter zu richten. Wer hindert die deutschen Unternehmer, aus Patriotismus höhere und wertbeständige Löhne zu zahlen?

Die Kommunistische Partei sagt aber auch bei dieser Gelegenheit der werktätigen Saarbevölkerung, daß die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage keine finanztechnische Frage ist, sondern eine politische, denn die "Stabilität" der Mark liegt in den Händen der internationalen Ausbeuter, da die Reichsmark eine Dawesmark ist. "

Es wird Ihnen klar sein, daß der Passus darin sein muss. Meine Herren! Wir geben Ihnen Gelegenheit, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Herr Dr.Sender hat offen gesagt, die Geschäftsordnung besteht nicht mehr, und deshalb können Sie über diesen Antrag debattieren.

In Güdingen hat sich ein Fall abgespielt, durch den das französische Militär einen Arbeiter zum Militär zu zwingen versucht hat. Dann ist in Ittersdorf am vergangenen Freitag ein arbeitsloser Arbeiter von einem Landjäger niedergeschossen worden. Wenn es wahr ist, daß das Saarvolk so friedensliebend ist, können Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben. Es bedeutet für Sie, daß Sie einem anderen Antrag, den Sie früher in Genf gestellt haben, entgegenstimmen. Sie haben früher in Genf den Ausbau der Gendarmerie verlangt. Sie reden viel von der Fremdenlegion und sagen die armen unschuldigen Menschen. Warum haben Sie nicht darüber geschimpft als der deutsche Imperialismus noch mächtigt war und die Hereos um die Freiheit gekämpft haben. Unser Kampf richtet sich nicht allein gegen die Fremdenlegion, sondern gegen den gesamten Militarismus. Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

"Der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

" Der Landesrat möge beschließen:

1) das französische Militär hat das Saargebiet sofort zu verlassen;

2) das Landjägerkorps ist aufzulösen.

Begründung:

1) Laut Friedensvertrag von Versailles darf kein Militär im Saargebiet unterhalten werden.

2) Die bei Friedensschluss bestehende Gendarmerie ist vollständig ausreichend. Das Landjägerkorps ist daher vollkommen überflüssig.
Landjägerkorps und Militär sind meistens diejenigen, die ohne Grund und Ursache gegen friedliche Arbeiter vorgehen.
In Güdingen wollte man auf Befehl des Herrn Rault mit Hilfe des französischen Militärs einen Arbeiter zum Militärdienst zwingen, obwohl dies der Friedensvertrag verbietet.
In Ittersdorf hat ein Landjäger vergangene Woche einen arbeitslosen Arbeiter erschossen. Es ist dies der zweite Fall. Schon einmal wurde ein Arbeiter erschossen (Hanweiler); der Landjäger wurde von dem Klassengericht freigesprochen.
Deshalb fort mit dem Militär und Landjäger, welche dauernd Leben und Gesundheit der Arbeiter bedrohen."

Hier können Sie jetzt beweisen, ob Ihre schönen Reden auch ernst gemeint sind, indem Sie unserem Antrag zustimmen. Die Saararbeiterschaft weiß nicht, warum das ungeheuere Landjägerkorps geschaffen wurde. Wir machen nicht die Landjäger dafür verantwortlich, sondern die, die das Korps gebildet haben. Die Regierungskommission, die auf Antrag der Parteien das Korps gebildet hat, bringt nicht so viel auf, daß die armen Teufel bezahlt werden, daß sie leben können. Man braucht sie nicht. Wir bitten, auch diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Meine Herren! Wir glauben, daß wir Ihnen praktische Grundlagen unterbreitet haben und daß Sie Gelegenheit haben, zu beweisen, ob es Ihnen ernst ist mit all den schönen Reden, die sie bisher gehalten haben. Unser grundsätzlicher Standpunkt ist: Fort mit dem Landjägerkorps und fort mit dem Militär. Wir verlangen, daß eine entsprechende Zahl klassenbewusste Arbeiter bewaffnet werden.

Ferner stellen wir uns mit aller Energie gegen den imperialistischen Völkerbund. Wir setzen uns ein für Verbrüderung für deutsche und französische Arbeiter. Wir werden es zustande bringen, denn unser Ziel ist Kampf für Einheit der deutschen Nation im Rahmen einer internationalen Sowjet-Republik.

(Bravo-Rufe!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Reinhard sprach zu dem Fall von Ittersdorf, daß dort ein Mann ohne Grund und Ursache von einem Landjäger erschossen worden sei. Der Fall unterliegt der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung, und es war bis jetzt immer üblich in diesem Hause, daß mit einem endgültigen Urteil über einen solchen Fall zurückgehalten wurde, bis das Gericht entschieden hat. Ich muss deshalb die Konstatierung des Herrn Reinhard in diesem Punkt zurückweisen.

Das

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4

melzer (D.S.V.): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete oder der Herr Vorredner Reinhard hat in den Bereich seiner Besprechung so ziemlich alles hineingezogen, was man irgendwie zur Sprache bringen kann. Ich will seinem Beispiel nicht folgen. Ich beschränke mich auf einige Punkte. Bei seinem letzten Antrage wegen der Entfernung des französischen Militärs und der Auflösung des Landjägerkorps habe ich eigentlich einen Punkt vermisst. Er hätte noch sagen sollen: "Die Kommunistische Partei wird in moderner Weise bewaffnet, zum Generalfeldmarschall dieser Armee wird der Herr Abgeordnete Reinhard ernannt und sein Leibschneider erhält den Auftrag, ihm einen entsprechenden Anzug anzufertigen.

(Großes Gelächter!)

(Zuruf Reinhard: 'Wollen Sie nicht der Feldmarschall werden, Herr Schmelzer?")

Sie eignen sich besser dazu!

(Lachen des Herrn Reinhard,)

Das ist die Konsequenz, Herr Reinhard; Sie haben diese Sache noch vergessen. Wenn Sie General werden, wäre es mir eine sehr große Freude.

(Lachen unter den Abgeordneten und auf den Tribünen.)

(Unruhe.)

(Zuruf Reinhard: "Dann würden Sie ein böses Gesicht machen!")

Was mich bei seinen Ausführungen interessierte und was ich für gut und schön von ihm finde, war sein Eintreten für die deutsche Mark als Landeswährung. Wenn Sie aber etwas weiter zurückblicken, in die Zeit etwa während der Frankenvorlage der Regierungskommission in diesem Hause, dann können Sie feststellen und ich hoffe, auch die werktätige Bevölkerung des Saargebietes, um einmal mit Ihrem Dialekt zu reden, die wird es sich allmählich merken, daß die Befürworter der Mark zu einer Zeit, wo das noch nicht so populär war wie heute, nicht in ihren Reihen gesessen haben. Wir mussten ja häufig erwähnen, daß aus Ihren Reihen der Ruf nach dem Franken sich recht intensiv erhoben hat. Ich kann feststellen, daß sich in unseren Reihen niemand gefunden hat, der damals für den Franken war. Wir wussten damals sehr wohl, daß die Bevölkerung durch schwere Tage hindurchgehen müsse, aber wir wussten ebenso sicher, und das war unsere feste Ueberzeugung, und wir haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß nach dieser Zeit bestimmt die deutsche Mark eine Stellung einnehmen werde, die der des Franken bestimmt weit überlegen sei. Das haben wir immer wieder betont. Wenn trotzdem damals ein großer Teil der Bevölkerung so eifrig dem Franken nachjagte, dann ist es letzten Endes nicht zum wenigsten Ihre Schuld von der Linken. Aus unseren Reihen hat niemand jemals den Franken gefordert und befürwortet.

(Zuruf Petri: "Die Saarbrücker Zeitung hat ihn aber auch beizeiten geholt.")

Im Gegenteil, wir sind stets für die Mark eingetreten. Wir wussten ganz bestimmt, daß der Franken den Leidensweg der Papiermark gehen müsste. Es wäre deshalb zweckmäßiger gewesen, Sie hätten an der Papiermark festgehalten. Hinterher zu sagen, das ist eine Sache, die von uns ausgeht, das ist leicht und sehr billig festzustellen. Es würde Sie ehren, wenn Sie das feststellen könnten. Heute macht man auf der anderen Seite die bittere Feststellung, daß man sich geirrt hat und verlangt das, was man noch vor kurzer Zeit verdonnert hat. Die Bevölkerung wird hoffentlich die Lehren daraus ziehen, und sie wird sich hoffentlich -dazu gibt uns die

Jahrtausendfeier eine gute Perspektive-, abwenden von dem Prophetentum, das letzten Endes auch in Russland Schiffbruch gelitten hat.

(Zuruf Reinhard: "Waren Sie schon in Russland?")

Die Jahrtausendfeier hat uns selbstverständlich außerordentlich erfreut. Obwohl die in dem interparteilichen Ausschuss vereinigten Parteien, das Zentrum und unsere Partei, sich mit Absicht von der Leitung der Feier ferngehalten haben, hat uns der Ausgang der Feier außerordentlich erfreut. Es war erhebend für uns, und wir sehen aus dem Verlauf dieser Feier, daß die Bevölkerung nicht immer und überall geneigt ist, auf den Ruf und die Direktiven ihrer Führer einzugehen, die von Ihrer Seite kamen, sondern, daß der gesunde Menschenverstand sich im gegebenen Moment über seine Führerschaft hinwegsetzt, sich auf die Gemeinschaft als Volk besinnt und tut, was im Herzen der Bevölkerung lebt. Das ist das Erhebendste für uns und gibt uns die Hoffnung, daß die Bevölkerung Ihrem falschen Prophetentum in absehbarer Zeit die richtige Antwort erteilen und Ihnen den Rücken kehren wird!

(Zuruf Dr.Sender: "Also die Republik ist das falsche Prophetentum?")

Wie meinen Sie, Herr Dr.Sender?

(Dr.Sender: "Ist die Republik das falsche Prophetentum?")

Herr Dr.Sender, Sie können beruhigt sein, ich werde Sie nicht vergessen.

Es war unsere Absicht, der Regierungskommission zu beweisen, daß die politischen Parteien des Saargebietes es nicht nötig haben, die Gesinnung der Bevölkerung zu lenken. Es war weder eine bezahlte Mache, noch eine Parteiangelegenheit, was sich hier vollzog, sondern es war eine große Angelegenheit, aus der Bevölkerung heraus geboren! Es war eine feierliche Kundgebung unseres deutschen Volkstums an der Saar, das uns im Friedensvertrag garantiert ist. Es kann niemand abstreiten, auch diejenigen, die sich nicht daran beteiligt haben, daß diese Kundgebung eine ganz gewaltige war. Sogar der "Saarkurier" sprach in seiner Besprechung unter dem Titel: "Schwarz-weiß-rot, es lebe die Internationale des Friedens", davon daß die Festfeier, besonders in der Stadt Saarbrücken, ein Bombenerfolg war. Allerdings meinte der"Saarkurier", das Volk hätte in seiner überwiegenden Majorität nichts gelernt und scheinbar alles vergessen. Auf dem Gebiet, meine Herren, hat das Volk nichts vergessen und braucht Gott sei Dank nichts zu vergessen! Das Volk ehrt sich selber, wenn es auf dem Gebiete seinen alten guten Traditionen treu bleibt!

Die Regierung hat alles getan, was sie tun konnte, um die Feier zu verhindern, trotzdem die politischen Parteien nicht daran beteiligt waren, die sie stets als diejenigen angibt, die derartiges begünstigen. Die "Lothringer Volkszeitung" schreibt deshalb, wohl nicht ohne unsere Zustimmung: "Wenn die französische Politik irgendwo in der Welt elenden Schiffbruch erlitten hat, so ist es sicherlich im Saargebiet geschehen". Einen derartigen Schiffbruch hat wahrlich noch keine Regierung der Welt erlitten, wie die Regierungskommission hier im Saargebiet bei der Behandlung der Jahrtausendfeier. Die"Lothringer-Volkszeitung" schreibt weiter,"daß die Regierungskommission des Saargebietes über die bevorstehende Jahrtausendfeier enttäuscht war, ist selbstverständlich, aber daß sie bei ihrem Entgegenwirken ihre ganze politische Unfähigkeit entfaltet hat, ist weniger zu begreifen!" Die politische Unfähigkeit war

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

war tatsächlich erstaunlich. Die Regierungskommission hat Verbote erlassen und diese Verbote stillschweigend oder ausdrücklich wieder zurückgenommen. Sie hat das Flaggen in schwarz-weiß-rot verboten und die Folge davon war, wie die "Volksstimme" und der "Saarkurier" und andere Blätter feststellen konnten, daß schwarz-weiß-rot überwogen hat. Denn es wird behauptet, und auch Herr Dr. Sender hat es vorhin bestätigt, daß schwarz-weiß-rot geflaggt wurde, teils aus Ueberzeugung, teils aber auch aus Widerstand gegen die Regierungskommission. Jedenfalls hat sich kein Mensch um das Verbot der Regierungskommission gekümmert. Sogar von 2 gerichtlichen Instanzen musste sich die Regierungs-Kommission bescheinigen lassen, daß ihr Verbot ungesetzlich sei und jeder gesetzlichen Grundlage entbehre. Die Regierungskommission hat dann ihr Verbot betreffend das Flaggen in schwarz-weiß-rot wieder zurückziehen müssen. Festgehalten muss aber noch werden, daß, bevor dieses bekannt wurde, schon die schwarz-weiß-roten Fahnen überwogen. Es ist gerade kein angenehmer Zustand für eine Regierung, besonders für eine Regierung, wie sie hier im Saargebiet ist, mit derart unbeschränkten Machtvollkommenheiten solches erleben zu müssen.

Keine Erwähnung der Feier in den Schulen sollte stattfinden und die Lehrer sollten die Kinder auf die Bedeutung der Feier nicht aufmerksam machen. Ich glaube, die aufrichtigen deutschen Lehrer haben sich nichts daraus gemacht und wo es geschehen ist, sind die älteren Schüler selbst aufgetreten und haben die anderen Kameraden über die Bedeutung der Feier aufgeklärt. Wenn die Regierung glaubte, durch ihre Verbote die Stimmung der Kinder zu beeinflussen, dann kann sie sicher sein, daß die Stimmung beeinflusst worden ist, aber in ganz anderer Richtung als sie wollte.

Die Schüler-Sportvereine durften nicht teilnehmen, ebenso die Wettruderer nicht. Während vorher Platz in Hülle und Fülle da war, war nach Bekanntwerden des Verbotes kein Boot mehr zu bekommen.

Die Bereitstellung des französischen Militärs wird jetzt hinterher abgestritten. So wie ich gehört habe, soll in Homburg marokkanisches Militär aus Zweibrücken bereit gestellt gewesen sein. Auch war in den Kasernen Militär bereitgestellt. Es war nur den Enthüllungen in der Kennel-Affaire zu verdanken, wenn nicht durch Spitzel und sonstige Elemente versucht worden ist, dem Militär Gelegenheit zu geben, einzugreifen. Meine Herren! Meine Partei war bei Herrn Minister Koßmann vorstellig und hat ihn gefragt, wer im Falle des Einsatzes von Militär verantwortlich sei. Die Auskunft war, daß die gesamte Regierungskommission dafür verantwortlich ist. Das saarländische Mitglied der Regierungskommission ließ die Regierungskommission erkennen, daß wir uns in diesem Falle zu wehren gewusst hätten. Ich bin davon überzeugt, wenn es uns nicht gelungen wäre, die Kennel-Affaire aufzudecken, dann hätten wir uns gegen die Provokation nicht wehren können. Die Regierung hat aber erfahren, daß wir etwas aus ihren Methoden gelernt haben. Wir sind wesentlich im Vorteil, denn das, was bei uns passiert, können wir der Oeffentlichkeit unterbreiten. Die Regierung hat aber gezeigt, daß das, was bei ihr passiert, mit dem Mantel der Nacht zuzudecken verdient. Es ist erwähnt worden, was die "Straßburger Neueste Nachrichten" gebracht haben. Diese Zeitung schrieb, daß der katholische Klerus an der Saar zu einer sizilianischen Vesper, Predigt und auffordert, die französischen Bergwerke zu zerstören und sämtliche Franzosen umzubringen. Dagegen hat die Regierungskommission nichts gesagt. Sie schreitet sonst gegen jede

deutsche

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

deutsche Zeitung ein aber nicht gegen eine französische, selbst wenn sie noch so sehr Teile der Bevölkerung aufhetzt. Sie hat es fertiggebracht, die "Neunkircher-Volkszeitung" auf 4 Wochen zu verbieten. Ich will auf den Artikel, auf dem das Verbot beruht, nicht eingehen. Das ist nicht meine Aufgabe. Aber ich glaube, das Haus stimmt mir zu, daß es das denkbar schlechteste Mittel ist, daß die Regierung in einem angeblich demokratisch verwalteten Staatswesen die Freiheit der Presse raubt. Die Freiheit der Presse muss unter allen Umständen garantiert sein.

Der Verlauf des Festes war glänzend. In Saarbrücken wurden an demselben Sonntag weniger Personen festgenommen, wie an einem gewöhnlichen Sonntag. Ich finde wohl im Hause Anklang, wenn ich hier der Polizei für die mustergültige Haltung den Dank ausspreche.

(Zuruf Reinhard: "Die Kriegsbeschädigten-Demonstrationen hätte sie niedergeritten!")

Sie können sich nicht beklagen (zu Reinhard). Selbst nach der Bekundung französischer Blätter, die uns gewiss nicht günstig gesinnt sind, hat die Feier die Bedeutung einer Volksabstimmung gehabt. Es tritt jetzt der Gedanke auf, daß der richtige Abschluss der Jahrtausendfeier der sei, darauf hinzudrängen, eine Volksabstimmung herbeizuführen, da das ganze Frankreich gesehen hat, wie das Saargebiet gesinnt ist -zu 99,9 % deutsch-. Aber so verlockend der Gedanke ist, die Volksabstimmung zu beschleunigen, warne ich davor, bevor die Rheinlande nicht befreit sind. Auch unter den Beamten der Regierungskommission wird stellenweise der Gedanke vertreten und daß sie die Ueberzeugung hätten, daß im Saargebiet für Frankreich nichts zu holen sei und daß die friedliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefördert werden könne, wenn man das Saargebiet aufgebe. Es gibt auch andere Herren, die einsehen, daß Frankreich s.Zt. bei Schaffung des Versailler Vertrages einen groben Fehler gemacht hat, das Saargebiet einem besonderen Regime zu unterstellen. Diese machen darauf aufmerksam, daß es besser gewesen wäre, die Bergwerke zu beschlagnahmen und auszubeuten und die Bevölkerung zu behandeln wie die im besetzten Gebiet. Wenn also von dort aus der Ruf ertönt, ist es außerordentlich gefährlich, sich auf eine Abstimmung einzulassen, bevor die Rheinlande nicht befreit sind. Ich bin der Meinung, solange das nicht gewährleistet ist, warne ich vor falschen Propheten, die diesem Gedanken zu viel Raum geben. Ich denke, wir haben etwas gelernt und wollen uns nicht so hoffnungsselig darauf einlassen. Die Möglichkeit ist gegeben, daß im Saargebiet eine Propaganda gemacht wird, auch wenn die Rheinlande besetzt sind.

(Zuruf Reinhard: "Sie sind Separatist!")

Herr Dr.Sender hat gesagt, er sehe die außenpolitische Notwendigkeit der Jahrtausendfeier ein. Er hat gesagt, daß das Proletariat eine bewunderungswürdige Vaterlandsliebe an den Tag gelegt hat. Und zwar tat es dies in der Weise, daß es zusammen mit der übrigen Bevölkerung gegangen ist und sich nicht gekümmert hat um die Aufrufe, die ihm seine Führer gegeben haben. Es ist bekannt geworden, daß der sozialdemokratische Redner im Ludwigspark vor ca. 100 Personen sprechen musste. Also die Zeiten sind vorbei. 1918 liegt weit hinter uns.

(Zuruf Dr.Sender: "Vielleicht kommen Sie auch einmal auf die Republik zu sprechen!")

<u>Ich</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Ich komme noch darauf. Sie wissen, ich bin Ihnen noch keine Antwort schuldig geblieben. Das hat auch schon schlechte Folgen für Sie gehabt.

(Zuruf Dr.Sender: "Wieso?")

Sie haben doch Ihre Stellung als Fraktionsführer eufgeben müssen. Dann möchte ich auch wissen, wie das kommt, daß sie heute sprechen.

(Zuruf: "Das wird in unserer Fraktion beschlossen!")

(Zuruf Dr.Sender: "Wir laden Sie zu unserer Fraktionsbesprechung ein!")

Wir erfahren sowieso alles, was bei Ihnen besprochen wird. Sie brauchen uns nicht einzuladen.

(Zuruf Brettar: "Dann werden Sie Spitzel senden!")

Das Proletariat hat gefeiert und hat Ihre Feier behandelt, wie sie behandelt zu werden verdient. Ich wundere mich nur, daß Sie nicht zusammen gegangen sind und wundere mich auch deshalb, daß in Ihrer Führung niemand auf den Gedanken kam. Sie hätten dann in der "Volksstimme" schreiben können, das Proletariat ist auf den Rathausplatz gezogen und das Bürgertum stand am Fenster. Es sollte Ihnen eine Lehre sein. Das Volk lässt nicht alles mit sich machen. Das Volk hat seit 1918 gelernt und hat eingesehen, daß ihm von Ihrer Seite Versprechungen gemacht worden sind, die nicht gehalten werden konnten.

(Unverständlicher Zwischenruf.)

Sie bringen nicht einmal fertig, Ihr eigenes Parteiprogramm durchzuführen.

(Zuruf Dr.Sender: "Es sind mindestens 50 Millionen ausgeworfen worden!")

Herr Dr.Sender hat gesagt, die Feier hätte sich nicht in den Formen abgespielt, die gehörig sind, die Feier dauerte zu lange. Wir befinden uns damit im Einklang, wenn man das Fest im allgemeinen betrachtet. Hier im Saargebiet ist mir nicht viel bekannt geworden. Hier war Samstags mit Ausnahme der sportlichen Veranstaltungen garnichts. Sonntags war die Feier im gesetzten Rahmen.

(Zurufe: "Festessen!")

(Zuruf Dr.Sender: "In Köln hat man 10000 Hähnchen geschlachtet!")

Ich spreche doch von der Jahrtausendfeier im Saargebiet. Ich gestehe zu meiner Schande, daß ich bei einem Festessen zur Einweihung des Neuen Rathauses anwesend war und es haben alle Vertreter des Proletariats, soweit sie mit dem Stadtverordnetenkollegium im Zusammenhang stehen, sowie auch die Presse fröhlich mit uns getafelt. Ich bin Dienstags morgens um 1/2 5 Uhr weg und da haben diese Herren immer noch dagesessen. Wann diese Herren nach Hause sind, weiß ich nicht. Auch der Kommunist Gerhäuser war bei der Feier. Prominente Vertreter der Sozialdemokratie haben -nicht in später Stunde, sondern schon ziemlich früh-die "Wacht am Rhein" gesungen. Das hat mich gefreut.

(Unverständliche Zwischenrufe.)

Dann

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4

Dann will ich Ihnen noch eine kleine Anekdote erzählen.

(Zurufe:"Und die anderen Festessen?")

Sonst haben keine Festessen stattgefunden. Ich will Ihnen noch eine kleine Anekdote erzählen. Es war in einem früheren Stadium -zur Verbesserung des Herrn Reinhard-, daß auch kommunistische Vertreter einem Festessen beigewohnt haben. Ich habe im vergangenen Jahre einem Festessen des Provinzial-Ausschusses in Trier beigewohnt. Wir Bürgerlichen brauchen uns nicht zu schämen. Wir sind einmal so schlecht; wir sind einmal so verschrien. Wir hatten ohnehin, daß wir alles verfressen und versoffen haben, einen verhältnismäßig jungen Mann bei uns, der kommunistische Vertreter Knaab. Der Herr erschine in eleganter Kleidung und legte gute bürgerliche Manieren an den Tag. Ich muss sagen, der Mann hat unter 4 Augen eine kleine Rede gehalten, in der er sagte, man müsse als kommunistisches Mitglied an einer derartigen Gesellschaft teilnehmen und er möchte sich als Mensch unter Menschen fühlen. Sie sehen, meine Herren, es sind alles Menschen, die dieselben Tugendn haben wie wir.

(Lachen des Herrn Reinhard.)

Wenn wir noch einmal Feste feiern, dann lassen Sie den Herrn Gerhäuser ruhig kommen.

Der Herr Dr.Sender soll sich weniger als Bußprediger aufwerfen. Sie haben (zu Dr.Sender) die Pose "wir Proletarier" und auch Ihr Gesinnungsgenosse, Herr Herzberger aus Neunkirchen sagt: "wir Proletarier".

(Zuruf Dr.Sender: "Wie kommen Sie dazu, mich so anzugreifen? Ich stamme aus einer Lehrersfamilie. Ich bin der Sohne eines armen Lehrers."

(Zuruf Schneider: "Schmeißt den Kerl zum Fenster raus! Sie Drecksack, Sauhund, Schieber!")

(Zuruf Dr.Sender: "Das lasse ich mir nicht bieten!")

(Schelle des Vorsitzenden!)

(Durcheinanderschreien der Linken, sodaß verschiedene Zwischenrufe verloren gehen.)

(Zuruf Dr.Sender: "Herr Schmelzer muss sich entschuldigen, sonst kommt er nicht mehr zum Wort!")

(Schelle des Vorsitzenden!)

(Vorsitzender: "Herr Schmelzer geben Sie eine Erklärung ab!")

.....

(Durch die Rufe ist Herr Schmelzer nicht zu verstehen. Er lehnt die Abgabe einer Erklärung ab.)

rsitzender: Ich lasse eine Pause von 10 Minuten eintreten.

Während der Pause andauernde Auseinandersetzungen der Herren Schmelzer und Dr.Sender.

(Zuruf

A4

(Zuruf Becker: "Bieten Sie doch der Bevölkerung kein solches Schauspiel!")

Nach der Pause.

Vorsitzender: Im Einvernehmen mit den Fraktionsführern wird die Sitzung geschlossen.

Schluss der Sitzung 6 Uhr 50 Minuten.

-oOo-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4